

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2022

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
1. Das Jahr 2022 im Rückblick	5
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	43
2.1 Positionspapiere der SVP	43
2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP	43
2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter....	47
2.4 Homepage und Soziale Medien.....	48
3. PARTEIORGANE	49
3.1 Delegiertenversammlung	49
3.2 Parteileitungsausschuss	50
3.3 Parteileitung	50
3.4 Parteivorstand.....	51
3.5 Generalsekretariat	54
3.6 Fraktion der Bundesversammlung.....	54
4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2022	57
5. Die SVP in den Kantonsparlamenten	59
6. Die SVP-Kantonalsektionen online	60

VORWORT

Die Schweiz stand und steht vor grossen Herausforderungen. Das Jahr 2022 war geprägt vom Ukraine-Krieg und den vielen Flüchtlingen mit Status S, von der allgemeinen Asylkrise, von Inflation und steigenden Preisen – und nicht zuletzt von der drohenden Versorgungslücke bei Energie und Strom.

In allen Bereichen beobachten wir eine Rückkehr zur Realität. Die illusionären Träumereien der Linken und Grünen zerplatzen. Die SVP stellt ihnen eine vernünftige und realistische Politik entgegen, zum Wohl der Schweiz und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Lösungen für die Energiekrise

Das zeigt sich unter anderem beim dominierenden innenpolitischen Thema des vergangenen Jahres, der Energiekrise und der drohenden Strommangellage. Der SVP ist es gelungen, mit ihrer ehrlichen und konsequenten Politik eine breite Energiedebatte auszulösen. Wir forderten einen Stromgeneral, der die Aktivitäten der verschiedenen Akteure koordiniert, und haben mit erfolgreichen Vorstössen im Parlament massgeblich zu Lösungen beigetragen. Die aktuelle Stromkrise beweist, dass wir mit unseren Einschätzungen zur gescheiterten Energiestrategie richtig lagen. Trotzdem wiederholt die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament dieselben Fehler mit dem neuen Energiegesetz. Dank dem erfolgreichen Referendum der SVP hat nun das Stimmvolk das letzte Wort.

Erhalt der Neutralität

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik im Jahr 2022 betraf den Einsatz für den Erhalt der Schweizer Neutralität. Praktisch über Nacht haben die Freisinnigen und die Mitte-Partei die bewährte Neutralität aufgegeben. Unverhohlen fordern deren Präsidenten Waffen- und Munitionslieferungen in ein Kriegsgebiet. Gleichzeitig hat die Eidgenossenschaft als neutraler Kleinstaat im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Einsitz genommen. Die SVP gab und gibt hier Gegensteuer. Sie setzt sich dafür ein, dass die beim Schweizer Volk fest verankerte Neutralität gewahrt bleibt. Sie verleiht Frieden und Stabilität – bei uns und in der Welt.

Masslose Zuwanderung und Asylchaos bekämpfen

Die unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz dauert an. Total sind im Jahr 2022 über 200 000 Personen zusätzlich in die Schweiz gekommen. Das Asylsystem ist am Anschlag, bereits haben einzelne Kantone den Asylnotstand ausgerufen. Die SVP setzt auch hier nicht auf Problemverwaltung, sondern auf effektive Lösungen. Abgewiesene Asylbewerber müssen konsequent ausgeschafft werden, ebenso ausländische Verurteilte (wie es die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative verlangt). Wir fordern, dass Asylverfahren nicht mehr auf Schweizer Boden, sondern im Ausland durchgeführt werden. Dadurch würde die Schweiz als Zielland für jene, die einfach ein besseres Leben auf Kosten der Schweizer Steuerzahler suchen massiv an Attraktivität einbüßen.

Abstimmungserfolge

Die SVP konnte 2022 mehrere wichtige Abstimmungserfolge erzielen. Am 13. Februar versenkte das Volk das Mediengesetz, am 15. Mai sprach es sich für einen verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen aus und am 25. September folgte es unseren Parolen für ein Nein zur Massentierhaltungsinitiative sowie für ein Ja zu den beiden Vorlagen zur Sicherung der AHV.

Bundesratswahlen

Sehr erfolgreich verliefen auch die Bundesratswahlen vom 7. Dezember. Die SVP-Fraktion präsentierte ein starkes Ticket, Nationalrat Albert Rösti wurde bereits im ersten Wahlgang als Nachfolger des abtretenden Ueli Maurer gewählt. Mit dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist neu ein Schlüsseldepartement in SVP-Hand.

Ausblick – 2023 gilt es einen erneuten Links-Rutsch zu verhindern

Das Jahr 2023 ist ein Wahljahr. Am 22. Oktober werden der National- und der Ständerat neu bestellt. Die SVP ist gut aufgestellt. Die Themenlage spricht für uns, sei es in der Energie- oder in der Zuwanderungspolitik. Wichtige Weichenstellungen stehen bevor. Es geht um unsere Sicherheit und Freiheit, um die Versorgung mit Energie und Lebensmitteln, um unseren Wohlstand. Umso entscheidender ist es, dass wir einen erneuten Links-Rutsch verhindern können. Doch das ist kein Selbstläufer. Wir gewinnen nur, wenn wir alle gemeinsam einen engagierten und überzeugten Wahlkampf leisten und unsere Mitglieder sowie die Sympathisantinnen und Sympathisanten mobilisieren können.

A handwritten signature in black ink that reads "Peter Keller". The signature is written in a cursive style and is enclosed within a thin black rectangular border.

Peter Keller
Generalsekretär

1. DAS JAHR 2022 IM RÜCKBLICK

JANUAR

Energie-Krise: Die Schweiz braucht einen Strom-General

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Januar 2022

Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft sind sich einig: Eine Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung für unser Land und wird gemäss Bund bereits in zwei oder drei Jahren Realität – mit katastrophalen Folgen für die Menschen in der Schweiz.

Um die absehbare Katastrophe abzuwenden, fordert die SVP Schweiz an ihrer traditionellen Kadertagung in Bad Horn (TG) den Bundesrat auf

- unverzüglich einen Strom-General einzusetzen mit dem Auftrag, bis im Sommer 2022 Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung auszuarbeiten;
- die CO₂-Reduktionsziele zugunsten einer sicheren inländischen Energieversorgung aufzuschieben;
- jene Kantone und Städte in die Pflicht zu nehmen, die mit ihrer verantwortungslosen Energiepolitik die Versorgungssicherheit gefährden.

Grundsätze zur Corona-Politik und die Haltung der SVP

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Januar 2022

Seit fast zwei Jahren steht die Schweizer Bevölkerung und die Politik im Bann der Corona-Krise. Dass das Virus gefährlich ist – vor allem für die Risikogruppen – ist unbestritten. Ebenso unbestritten sollte sein, dass die Massnahmen gegen den Virus für die Menschen, die Arbeitsplätze, die Bildungschancen der Jungen nicht schädlicher sein dürfen als die Krankheit selbst. Dies hat die SVP als einzige Partei stets vertreten. Die SVP hat hierzu ein Grundsatzpapier veröffentlicht: «Grundsätze zur Corona-Politik und die Haltung der SVP» (<https://www.svp.ch/positionen/positionspapiere/>).

Isolations- und Quarantänepflicht machen keinen Sinn mehr und sind aufzuheben

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Januar 2022

Die Verkürzung der Dauer von Isolation und Quarantäne ist zwar zu begrüssen. Angesichts der Lage machen jedoch weder Isolations- noch Quarantänepflicht länger Sinn. Zum einen führt die Omikron-Variante des Virus kaum mehr zu schweren Krankheitsverläufen und damit nicht zu einer Überlastung des Gesundheitswesens. Zum andern überfordern die hohen Fallzahlen die Testkapazitäten weshalb von einer hohen Dunkelziffer Infizierter auszugehen ist. Hinzu kommt, dass angesichts der hohen Ansteckungszahlen und der Impfung die Immunisierung der Gesellschaft rasant voranschreitet. Aus Sicht der SVP ist es deshalb an der Zeit, Corona wie eine normale Grippe zu behandeln und die Isolations- und Quarantänepflicht gänzlich aufzuheben. Dasselbe gilt für die diskriminierende und spaltende Zertifikatsregelung, die Home-office-Pflicht und die Maskenpflicht – insbesondere an den Primarschulen.

Energieversorgung: Es gibt keine Ausrede – der Bundesrat muss jetzt handeln!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Januar 2022

Bereits heute steht fest: Die von links-grünen Ideologen entwickelte Energiestrategie 2050 ist gescheitert. «Eine Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung für unser Land- mit katastrophalen Folgen für alle Menschen in der Schweiz», sagte Parteipräsident Marco Chiesa an der Delegiertenversammlung in Reconvilier (BE). Gemäss Bund sei die Katastrophe bereits in zwei oder drei Jahren Realität. «Da sind sich führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft einig, die Fakten liegen auf dem Tisch», so Chiesa. «Deshalb gibt es keine Ausreden, sondern nur noch eine Devise: Der Bundesrat muss handeln!»

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar:

- JA zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgabe
- NEIN zum Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien
- NEIN zur Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»
- NEIN zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»



Verbände und Vertreter bürgerlicher Parteien fordern sofortige Aufhebung der Massnahmen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Januar 2022

Dass der Bundesrat die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus verlängert hat, ist unverhältnismässig. Der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Fitness- und Gesundheitscenter Verband, die EXPO EVENT Swiss LiveCom Association, GastroSuisse sowie Vertreter der bürgerlichen Parteien Die Mitte, FDP und SVP fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Zertifikats- als auch der Home-office-Pflicht sowie der Quarantäne- und Isolationsbestimmungen.

Der Schaden, der nun mit einer Verlängerung der Massnahmen angerichtet wird, ist weit grösser als der Nutzen. „Die Wertschöpfungsketten müssen sich so schnell wie möglich von den Beeinträchtigungen erholen“, so Christoph Kamber, Präsident von Expo Event. Die betroffenen Branchen sind zudem aus dem Härtefallprogramm 2022 rasch und möglichst unbürokratisch zu entschädigen, solange sie aufgrund der aktuellen Situation von massiven Umsatzausfällen betroffen sind.

SVP lädt zu einem runden Tisch zur sicheren Stromversorgung ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Februar 2022

Es ist offensichtlich: Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft sind sich einig: Eine Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung für unser Land und wird bereits in zwei oder drei Jahren Realität. Was macht Bundesrätin Sommaruga? Mal fordert die UVEK-Vorsteherin eine Solarpflicht für Neubauten, dann krebst sie wieder zurück. Sie will den CO₂-Ausstoss reduzieren, aber gleichzeitig die praktisch CO₂-freien Kernkraftwerke abstellen und dafür CO₂-intensive Gas-Kombi-Kraftwerke bauen. Dieses planlose Hin und Her zeigt: Es gibt weder eine brauchbare Strategie, noch eine klare Verantwortung für eine sichere Stromversorgung in der Schweiz.

Die SVP lädt die Parteipräsidenten der bürgerlichen Parteien, die Präsidenten der Wirtschaftsverbände und des Bauernverbandes und die Bundesräte, die für die Versorgungssicherheit unseres Landes zuständig sind – Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Bundesrat Guy Parmelin und Bundesrätin Viola Amherd – zu einem runden Tisch ein. Für die Versorgungssicherheit unseres Landes mit Strom in den Wintermonaten braucht es eine schonungslose Lageanalyse und einen klar Verantwortlichen, der Varianten aufzeigt, wie der Bund die verfassungsmässige Verpflichtung einer breit gefächerten, sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Stromversorgung garantiert.

Nein zum Mediengesetz ist wichtiges Signal

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Februar 2022

Die SVP nimmt das Nein des Stimmvolks zum «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» mit Freude zur Kenntnis. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die überzogenen Begehrlichkeiten der Verleger gestoppt und eine noch stärkere Staatsabhängigkeit der Medien verhindert. Die Abstimmung hat einmal mehr gezeigt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein gutes Gespür dafür haben, wenn eine Vorlage von Eigeninteressen diktiert und das Fuder überladen ist.

Die SVP bedauert das Nein zur Abschaffung der Stempelsteuer. Damit haben wir es verpasst, diesen uralten Zopf abzuschneiden, der das Eigenkapital schwächt und Innovationen behindert. Dies schwächt unseren Wirtschaftsstandort und insbesondere die KMU. Umso mehr wird die SVP jetzt alles daransetzen, dass die Unternehmen anderweitig entlastet werden.

Mit dem Ja zum Verbot der Tabakwerbung verabschiedet sich die Schweiz ein weiteres Stück von ihrer freiheitlichen Ordnung, die wesentlich zu ihrem Erfolg beiträgt. Aus Sicht der SVP ist das Tabakwerbeverbot ein unzulässiger und obendrein das Ziel des Jugendschutzes verfehlender Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit.

Positiv hingegen wertet die SVP das Nein zum Tierversuchsverbot. Es stärkt unsere Forschung und den medizinischen Fortschritt. Davon profitieren wir alle.

Schluss mit dem Vollmachten-Regime: Der Bundesrat muss die besondere Lage per sofort beenden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Februar 2022

Mit grosser Verspätung zwar, aber immerhin ziemlich umfassend, beendet der Bundesrat die in weiten Teilen willkürlichen, diskriminierenden und nutzlosen Corona-Massnahmen. Ein Schritt, der längst überfällig war. Völlig unverständlich ist, dass der Bundesrat die schweizerische Staatsordnung nicht wiederherstellt, indem er an der besonderen Lage festhält. Er will offensichtlich nicht freiwillig von seinem Vollmachten-Regime ablassen.

Weiter fordert die SVP eine lückenlose Aufarbeitung der Corona-Politik des Bundesrates. Zum einen, weil der Schaden immens ist, den der Bundesrat mit den in weiten Teilen willkürlichen und diskriminierenden Massnahmen in Gesellschaft und Wirtschaft angerichtet hat. Zum andern ist eine Aufarbeitung nötig, damit daraus die Lehren zur Bewältigung künftiger Krisen gezogen werden können. Denn bereits in den nächsten Jahren zeichnet sich die Katastrophe einer Strommangellage in der Schweiz ab.

«Nur wer frei ist, kann das Richtige tun», so die neue Programmchefin der SVP Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Februar 2022

Grundvoraussetzung für ein Individuum und den souveränen Staat ist es, frei zu sein, um sich überhaupt für das Richtige entscheiden zu können. Die SVP setzt sich seit vielen Jahren für diese Freiheit von Land und Leuten ein. Dazu gehört auch die Erarbeitung eines Parteiprogramms, das zu allen Herausforderungen aufzeigt, wie diese Freiheit gewahrt werden kann. Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz setzt die St. Galler Nationalrätin Esther Friedli als neue Programmchefin ein. Sie verfügt über grosse Erfahrung im politischen Geschäft und wird das freiheitliche Profil der Partei weiter schärfen. Sie folgt auf den bisherigen Programmverantwortlichen Nationalrat Peter Keller, der seit einem Jahr das Generalsekretariat leitet.

Ein Sitz im UNO-Sicherheitsrat ist das Ende von Neutralität und Sicherheit in der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Februar 2022

Die Bundeshausfraktion der SVP hat sich im Hinblick auf die Frühjahrsession in Kerenzerberg/Filzbach (GL) zu einer zweitägigen Sitzung getroffen. Dabei hat sie sich einstimmig gegen einen Beitritt der Schweiz zum UNO-Sicherheitsrat ausgesprochen. Die SVP-Fraktion wird das Beitritts-gesuch im Parlament entschieden bekämpfen.

Die Fraktion der SVP lehnt sowohl die Gletscherinitiative als auch den direkten Gegenvorschlag einstimmig ab. Ein Netto-Null Ziel bis 2050 auf Verfassungsstufe zu verankern ist weltfremd und schafft vor allem neue Probleme. Allein die kommenden weltweiten Entwicklungen und technischen Innovationen sind heute bei einem Zeit-horizont bis, beziehungsweise ab 2050 nicht seriös abschätzbar.

2020 betrug das Defizit des Bundes 15,8 Milliarden Franken. Für 2021 rechnet der Bund mit einem Defizit von 12,2 Milliarden Franken – das ist doppelt so viel, wie

ursprünglich budgetiert. Weil die Mitte-Links-Mehrheit des Parlamentes letzten Dezember gegen den Willen der SVP einzelne Unterstützungsmassnahmen im Rahmen des Covid-19-Gesetzes verlängert hat, beantragt der Bundesrat in der Frühlingssession drei Nachtragskredite in der Höhe von insgesamt weiteren 3,4 Milliarden Franken. Die SVP-Fraktion lehnt dies klar ab.

Nach der Sitzung lud die Partei zum «SVP bi de Lüt» auf dem Rathausplatz in Glarus. Bei Sandwiches, Wein und Bier trafen sich die Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin sowie die Mitglieder der SVP-Fraktion mit der Glarner Bevölkerung zum ungezwungenen Austausch.

Strom-Mangel: Die SVP macht dem Bundesrat in der Frühlingssession Beine

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Februar 2022

Die links-grüne Energiestrategie 2050 ist klar gescheitert. Experten von Bund, Wissenschaft und Wirtschaft sind sich einig: Wenn wir nicht sofort handeln, dann hat die Schweiz schon im Winter 2024/25 viel zu wenig Strom – mit katastrophalen Folgen für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land. Den Beweis für den Ernst der Lage liefert die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga selber, in dem sie die drohende Strom-Mangellage fieberhaft mit Gaskraftwerken zu schliessen versucht. Aus Sicht der SVP ist dies nutzlose Pflästerlipolitik. SP-Bundesrätin Sommaruga sollte endlich ihre ideologische Brille ablegen, das Scheitern der links-grünen Energiestrategie 2050 offiziell eingestehen und damit den Weg frei machen für echte Lösungen. Die SVP-Fraktion nimmt den Auftrag, den die Delegierten der SVP Schweiz der Partei an ihrer Versammlung vom 15. Januar 2022 erteilt haben auf und wird in der Frühlingssession entsprechende Vorstösse einreichen.

Im Anschluss an die Sitzung nahmen die National- und Ständeräte in der Lintharena – Glarnerland am 21. Nationalen Jasscup mit mehr als 200 Jasserinnen und Jassern teil. Corona-bedingt, konnte der traditionelle SVP-Jasscup letztes Jahr nicht durchgeführt werden.



Sicherheit der Schweiz wahren – dank bewaffneter Neutralität und Nein zur Mitgliedschaft im Uno-Sicherheitsrat

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Februar 2022

Wie der Russland-Ukraine-Konflikt zeigt, ist die Kriegsgefahr in Europa real. Umso mehr muss die Schweiz an ihrer bewährten Neutralität festhalten und in die Sicherheit investieren. Als neutraler Staat ist die Schweiz der Unparteilichkeit verpflichtet. Das heisst, sie mischt sich nicht in internationale Konflikte ein und ergreift konsequenterweise auch keine direkten Sanktionen gegen andere Länder. Das Neutralitätsprinzip hat die Schweizer Bevölkerung seit über 200 Jahren vor blutigen Konflikten bewahrt. Mit dem Angebot der traditionellen Guten Dienste leistet unser Land einen wertvollen Beitrag zum Erreichen friedlicher Lösungen. Das kann sie aber nur, wenn sie nicht einseitig Partei nimmt.

Vor diesem Hintergrund stellt die SVP unterschiedliche Forderungen:

- Die Sicherheit der Schweiz muss oberste Priorität haben. «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes», definiert Artikel 2 der Bundesverfassung. Die Politik, namentlich das VBS von Bundesrätin Viola Amherd, hat sicherzustellen, dass die Schweiz über die notwendigen Einrichtungen, Mittel und Fähigkeiten verfügt, Bedrohungen abzuwehren und die Bevölkerung zu schützen.

- Die Schweiz muss auf die Einsitznahme im Uno-Sicherheitsrat verzichten. Denn damit würden wir uns als neutrales Land risikoreichen Interessenkonflikten aussetzen, da der Sicherheitsrat über Krieg und Frieden entscheidet.
- An der immerwährenden bewaffneten Neutralität muss kompromisslos festgehalten werden. Nur so können wir auch die Guten Dienste aufrechterhalten, die international geschätzt sind und der Staatengemeinschaft sowie dem Frieden in der Welt zugutekommen.

Dringliche Massnahmen der Schweiz: SVP fordert Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 2 Milliarden Franken auf 1% des BIP und die Erhöhung des Armeebestands um 20'000 Angehörige

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Februar 2022

Mit der gestrigen Ankündigung von Russlands Präsident Wladimir Putin, die atomaren Streitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, wurde eine weitere Eskalationsstufe gezündet. Dies zeigt deutlich, dass der aktuell noch regionale Konflikt das Potential hat, die weltweite Stabilität, Sicherheit und den Frieden zu gefährden. Vor diesem Hintergrund muss die Schweiz rasch reagieren. Die in der Bundesverfassung verankerte immerwährende, bewaffnete Neutralität hat die Schweiz seit über 200 Jahren vor blutigen Konflikten verschont und den Menschen ein Leben in Sicherheit und Frieden ermöglicht. Die Ereignisse im Osten Europas zeigen, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist. Sicherheit und Freiheit müssen in der Schweizer Politik wieder oberste Priorität haben.

Die Sicherheit der Menschen in der Schweiz muss nun oberste Priorität haben

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. März 2022

Die Schweiz muss als souveräner Staat in der Lage sein, Sicherheit, Stabilität und Frieden auf ihrem Territorium selbst zu gewährleisten. Insbesondere vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine ist unsere Armee rasch besser und im Hinblick auf ihre Durchhaltefähigkeit umfassender auszurüsten. Konkret fordert die SVP, dass der Bundesrat dafür in einer ersten Phase jährlich Mittel im Umfang von mindestens 7 Milliarden Franken – 2 Milliarden Franken mehr als heute – bereitstellt und den Armeebestand plus 20'000 Angehörige erhöht.

Aufgrund der gescheiterten Energiestrategie 2050 und angesichts des Krieges in der Ukraine ist die sichere und unabhängige Energieversorgung der Schweiz massiv gefährdet. Bereits in zwei, drei Jahren droht der Schweiz vor allem in den Wintermonaten eine Strommangellage. In einer dringlichen Interpellation «Strom, Benzin und Heizöl werden immer teurer. Was unternimmt der Bundesrat gegen die massiv steigenden Energiepreise?» fordert die SVP Antworten zu dringenden Fragen. Etwa auf jene, ob der Bundesrat bereit ist, die staatlich erhobenen Abgaben auf fossile Energieträger vorübergehend zu sistieren.

Die Schweiz muss den Kriegsvertriebenen aus der Ukraine helfen – rasch und in den Nachbarländern der Ukraine

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. März 2022

Die Menschen in der Ukraine leiden unter dem Krieg. Gemäss UN-Angaben sind über eine Million Menschen aus ihrer Heimat geflüchtet. Die vom Krieg vertriebenen Frauen und Kinder suchen daher nur vorübergehend Schutz und tun dies vor allem in den Nachbarländern Polen, Ungarn, Slowakei, Moldau und Rumänien.

Die derzeitige Situation präsentiert sich deutlich anders als die grossflächigen Migrationsströme der letzten Jahre, sagt Nationalrat Andreas Glarner. «Anders als die Wirtschaftsmigranten, die aktuell unser Asylsystem belasten, wandern die ukrainischen Frauen und Kinder nicht aus, um künftig in einem modernen und grosszügigen Sozialstaat versorgt zu werden.» Die ukrainischen Kriegsvertriebenen sind vor allem Frauen und Mütter mit ihren Kindern. Sie sind an Leib und Leben bedroht und suchen vorübergehend Schutz, hoffen auf ein baldiges Kriegsende und möchten so rasch wie möglich wieder zurück zu ihren Familien und Angehörigen. «Deshalb muss nun Hilfe vor Ort im Zentrum stehen – sofort und unbürokratisch», so Nationalrat Gregor Rutz (ZH).

Gemäss Medienberichten nutzen allerdings auch in Belarus gestrandete Wirtschaftsmigranten die Gunst der Stunde, um über die Ukraine in die EU zu gelangen. «In Polen etwa sollen inzwischen Tausende junge Menschen mit anderen ausländischen Wurzeln ankommen und unter anderem nach Deutschland weiterreisen», sagt Nationalrätin Martina Bircher (AG). Ende vergangenen Jahres hatte Belarus gezielt Menschen aus Krisenregionen an die EU-Aussengrenze gebracht, um so Druck auf die EU auszuüben.

Der Verkauf der Ruag Ammotec ist inakzeptabel – er gefährdet die Sicherheit der Schweiz!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. März 2022

Als neutrales und unabhängiges Land muss die Schweiz ihre Verteidigungsfähigkeit eigenständig garantieren können. Daher hat der Bundesrat in der Vergangenheit stets die Wichtigkeit einer schweizerischen Munitionsproduktion betont. Es ist völlig unverständlich, dass der Bundesrat nun eine Kehrtwende vollzieht. Der Krieg in der Ukraine führt uns drastisch vor Augen, dass der immerwährende Frieden eine Illusion ist. Nur wer sich komplett der Realität verweigert, schwächt jetzt die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes.

Einzig die SVP setzt sich im Parlament und in der Sicherheitskommission noch für die Sicherheit der Schweiz ein, zum Beispiel mit der Motion 19.3154 «Kein Verkauf der Ruag Ammotec. Versorgungssicherheit gewährleisten». Die anderen Parteien fordern den Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat, sie zerstören die Neutralität der Schweiz, ziehen die Schweiz in fremde Konflikte, statt für Sicherheit im eigenen Land zu sorgen.

Mit dem Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat zerstören SP, Grüne, GLP, Mitte und FDP mutwillig eines der wertvollsten Güter der Schweiz: Die Neutralität

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. März 2022

Die SVP ist entsetzt, dass die Mehrheit des Nationalrates dem Bundesrat grünes Licht gegeben hat, für den Beitritt der Schweiz zum UNO-Sicherheitsrat per 1. Januar 2023. Damit schaden SP, Grüne, GLP, FDP und Mitte sowie die Mehrheit des Bundesrates unserem Land massiv. Denn der Sicherheitsrat entscheidet über Krieg und Frieden. Die Mitgliedschaft der Schweiz in diesem Gremium der Grossmächte zerstört die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität und kann unser Land in blutige Konflikte hineinziehen. «Darum ist dieser Entscheid verantwortungslos und in aller Schärfe zu verurteilen», sagt Parteipräsident Marco Chiesa. Dass die anderen Parteien vor dieser unumkehrbaren aussenpolitischen Weichenstellung eine demokratische Debatte verhinderten, ist ein Skandal.

Schutzstatus Ja – aber nicht Fehler wiederholen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. März 2022

Die SVP findet es richtig, dass Kriegsvertriebene aus der Ukraine Schutzstatus in der Schweiz erhalten sollen – allerdings ist Hilfe vor Ort in den Nachbarstaaten vorzuziehen. Grundsätzlich gilt: Die allgemeine Hilfsbereitschaft darf nicht zu Fehlentscheidungen führen, die dann wieder die Schweizer Bevölkerung ausbaden muss. Sonst wiederholen sich die Fehler und Probleme mit den Balkan-Flüchtlingen der 1990er Jahre.

Der Bundesrat hat darum sicherzustellen, dass der Schutzstatus S nur erteilt wird

- an Personen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft. Ausländer, welche in der Ukraine wohnen, sind davon auszunehmen. Sie sie können in ihr Heimatland zurückkehren;
- an ukrainische Personen, deren Identität zweifelsfrei feststeht. Dies ist im Interesse der inneren Sicherheit und der hier lebenden Menschen.



Ernährungssicherheit: SVP fordert Plan Wahlen 2.0

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. März 2022

Aktuell kann die Schweiz nur jeden zweiten Einwohner selbst ernähren. Der Krieg in der Ukraine sorgt weltweit zusätzlich für eine Verknappung und Verteuerung der Nahrungsmittel. In vielen Ländern ist die Versorgungssicherheit massiv gefährdet. Auch die Schweiz ist betroffen. Die SVP ist alarmiert: Seit Jahren sinkt der Selbstversorgungsgrad der Schweiz – das Resultat einer ideologisch verblendeten links-grünen Politik, die die inländische Produktion schwächt und dafür die Schweiz noch mehr von ausländischen Lebensmittel-Importen abhängig macht. Gleichzeitig wandern jährlich zwischen 60'000 und 80'000 Personen in die Schweiz ein, so dass die Bevölkerung von 6.7 Millionen Einwohnern im Jahr 1990 auf mehr als 8.7 Millionen Einwohner im Jahr 2021 angestiegen ist. Die SVP fordert einen Plan Wahlen 2.0 – der Bundesrat soll bis Ende März aufzeigen, wie die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sichergestellt werden kann. Unsinnige Agrar- und Öko-Projekte sind dafür zu sistieren oder umzuwandeln.

Sieben Rappen weniger für Benzin und Diesel – die SVP setzt sich erfolgreich für tiefere Benzinpreise ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. März 2022

Aktuell wird die Mehrwertsteuer bei den Treibstoffen auf den ganzen Preis erhoben. Das heisst, dass diverse vom Bund auf die Treibstoffe erhobenen Steuern, Abgaben und Zuschläge mitbesteuert werden. Im Kampf gegen Steuern und Abgaben hat die Bundeshausfraktion der SVP einen Erfolg erzielt: Der Nationalrat hat der Parlamentarischen Initiative 19.405 «Stopp der missbräuchlichen MWST-Belastung auf Steuern und Abgaben bei Treibstoffen» von SVP-Nationalrat Franz Grüter (LU) zugestimmt. Damit werden der Mineralölsteuerersatz, der Mineralölsteuerzuschlag und Importabgaben auf Treibstoffe nicht mehr in die Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer einbezogen. Dies führt dazu, dass der Liter Benzin oder Diesel rund 7 Rappen günstiger wird – sofern der Ständerat dem Vorstoss ebenfalls zustimmt.

Offener Brief an die SRG-Leitung: Die SVP verzichtet bis auf Weiteres auf eine Teilnahme an der SRF-Arena

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. März 2022

Gemäss Programmankündigung hätten die Parteispitzen in der Arena vom Freitag, 18. März 2022, über die nationalrätliche Sonderdebatte zum Krieg in der Ukraine diskutieren sollen. Doch statt eine ausgewogene Debatte zu ermöglichen, spielte sich Moderator Sandro Brotz als Richter gegenüber SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi auf. Diese eklatante Grenzüberschreitung steht im Widerspruch zum gesetzlichen Auftrag der SRG, Inhalte sachgerecht und neutral darzustellen. Die Aufgabe von Journalisten und Moderatoren ist es, eine Debatte zu ermöglichen und nicht, sich zu Richtern aufzuschwingen oder als Aktivisten zu betätigen. Dass sich Arena-Moderator Sandro Brotz von seinen persönlichen Ansichten leiten lässt, ist für einen öffentlich-rechtlichen Sender inakzeptabel.

Da es sich nicht um die erste, wohl aber um eine der schwersten Entgleisungen von Arena-Moderator Sandro Brotz handelt, fordert die SVP von der SRG-Leitung eine Aussprache und Vorschläge dazu, wie der Sender eine Rückkehr der Arena-Sendung zu einer sachgerechten und neutralen Moderation gewährleistet. Bis sich die Arena wieder im Rahmen des gesetzlichen Auftrages bewegt, wird die SVP auf eine Teilnahme an der Sendung verzichten.



Klares JA zur bewaffneten Neutralität und zu einer sicheren Zukunft in Freiheit

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. April 2022

Die in unserer Verfassung verankerte Neutralität ist eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft und garantiert unserem Land seit über 200 Jahren Sicherheit und Frieden. «Aber was erleben wir zurzeit? Der Bundesrat und die Mehrheit im Parlament nehmen Partei, sie übernehmen eins zu eins die Sanktionen der EU», erklärte Nationalrat Franz Grüter (LU) vor den Delegierten der SVP Schweiz in Chur. «Jetzt hört man überall: Man könne doch gegenüber diesem Aggressionskrieg in der Ukraine nicht neutral bleiben», so Grüter. Neutralität bedeute jedoch nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Meinung haben dürften. «Aber die offizielle Schweiz hat sich zurückzuhalten.»

Die Delegierten teilten diese Auffassung: Sie verabschiedeten mit 303 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung eine entsprechende Resolution.

Die Delegierten fassten an ihrer Versammlung die Parolen für die Abstimmungen vom 15. Mai 2022:

- NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)
- NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Lex Netflix)
- JA zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Trotz Krieg in Europa: Bundesrat setzt noch stärker auf Lebensmittel-Importe und Abhängigkeiten statt auf einheimische Produktion

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. April 2022

Für die Entscheide des Bundesrates bei der Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zu den beiden Agrarinitiativen (Pa. Iv. 19.475) hat die SVP absolut kein Verständnis. In einer Situation, in der sich ganz Europa Gedanken um die Ernährung der Bevölkerung macht, setzt unser Bundesrat mit seiner falschen Politik noch stärker auf Importe bei Lebensmitteln. Unser Bundesrat befeuert somit den Hunger in der Welt und zeigt sich total unsolidarisch. Auch wird der klare Volkswillen mit dem deutlichen Nein zu den Agrarinitiativen missachtet: Das Schweizer Stimmvolk hat sich im letzten Juni mit über 60 % klar gegen diese beiden Initiativen ausgesprochen. Nun will der Bundesrat durch die Hintertür einige wichtige Elemente einführen. Das ist unhaltbar.

SRG sichert unparteiische Arena-Moderation zu

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. April 2022

Nach der groben Entgleisung von Moderator Sandro Brotz in der Arena-Sendung vom 18. März 2022 hatte die SVP Schweiz entschieden, vorläufig auf eine Teilnahme an der Polit-Sendung des Fernsehens SRF zu verzichten und eine Aussprache mit der SRG-Leitung gefordert.

Das Treffen zwischen der SRG-Leitung und der Spitze der SVP fand am Donnerstag statt. Seitens der SVP war das Ziel der Aussprache die Klärung des journalistischen Auftrags der SRG als zwangsgebühren-finanzierte öffentlich-rechtliche Medienanstalt. Betreffend der Arena-Teilnahme forderte die SVP von der SRG-Leitung, dass der Sender eine sachgerechte, ausgewogene und neutrale Moderation gewährleistet.

Nach dem konstruktiven Gespräch mit der SRG-Leitung und deren Zusicherung einer ausgewogenen Berichterstattung sowie der unparteiischen Moderation der Arena, ist die SVP bereit, auf Zusehen wieder an der Sendung teilzunehmen.

Nur die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» führt zu einer Kurskorrektur

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. April 2022

Nach der groben Entgleisung von Moderator Sandro Brotz in der Arena-Sendung vom 18. März 2022 gegenüber SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi erhielten die SVP Schweiz und ihre Exponenten Hunderte von empörten Zuschriften. Zudem kritisierten verschiedene Medien das Verhalten von Arena-Moderator Sandro Brotz scharf und bei der Ombudsstelle von Schweizer Radio und Fernsehen SRF gingen 46 Beanstandungen ein. Während sich die Arena laut Medienberichten bei SP-Bundesrat Alain Berset für eine unbequeme Recherche zu Fehlern im Abstimmungsbüchlein entschuldigte, hielten es die Arena-Verantwortlichen nicht für nötig, dasselbe bei Fraktionspräsident Thomas Aeschi zu tun.

Aus Sicht der SVP ist die überparteiliche Volksinitiative zur SRG «200 Franken sind genug!» die längst fällige Antwort auf das arrogante Gebaren des mit Zwangsgebühren finanzierten Staatssenders. Die SVP unterstützt die Initiative, die unter anderem die Tätigkeiten der SRG auf den Kernauftrag der Grundversorgung beschränken.

**Schwächt das VBS willentlich unsere Armee?
Die SVP fordert Antworten von VBS-Vorsteherin Viola Amherd**

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. Mai 2022

Wie der heutigen Ausgabe der Weltwoche zu entnehmen ist, soll das VBS die Schweizer Armee willentlich geschwächt und allenfalls die Neutralität unseres Landes verletzt haben. Dies indem das VBS Panzerabwehrwaffen aus Schweizer Armeebeständen als mangelhaft eingestuft und zurück an den deutschen Hersteller geschickt haben soll, damit dieser sie an die Ukraine liefern kann.

Aus Sicht der SVP ist dies – sollte die Darstellung der Wahrheit entsprechen – höchst problematisch. In diesem Zusammenhang fordert die SVP deshalb von VBS-Vorsteherin Viola Amherd Antworten. Die SVP wird in der Sondersession eine entsprechende Interpellation einreichen.

Jetzt Energiekosten senken – die Bundeshausfraktion der SVP fordert eine ausserordentliche Session

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Mai 2022

Die Preise für Treib- und Brennstoffe sind in einem historischen Ausmass gestiegen, die Mehrkosten tragen letztlich die Konsumenten, denen immer weniger im Portemonnaie bleibt. Sie leiden zunehmend unter dem Schwund der Kaufkraft. Insbesondere ältere Menschen, Familien und jene, die zwingend auf ein Auto angewiesen sind, können sich Mobilität und Heizen bald nicht mehr leisten. Während unsere Nachbarländer die Benzin- und Dieselpreise senken, unternimmt der Bundesrat nichts gegen den Kaufkraftverlust der Menschen in der Schweiz. Die SVP-Fraktion hat im Ständerat und im Nationalrat gleichlautende Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, Private und Unternehmen sofort zu entlasten.

Der Bevormundungsstaat auf dem Vormarsch

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Mai 2022

Die SVP nimmt das Ja des Stimmvolks zum Filmgesetz und zur Widerspruchsregelung bei der Organspende mit Bedauern zur Kenntnis. Beide Vorlagen sind Ausdruck des immer mächtiger werdenden Bevormundungsstaats, der die Freiheit und die Eigenverantwortung der Menschen zunehmend einschränkt. Mit dem neuen Filmgesetz werden Streaming-Anbieter verpflichtet, 30 Prozent europäische Filme zu zeigen und mindestens 4 Prozent ihrer Einnahmen an die Schweizer Filmszene zu zahlen. Die Formulierung «mindestens» lässt Tür und Tor offen für eine noch viel weiter gehende Schröpfung privater Unternehmen.

Die Annahme des geänderten Transplantationsgesetzes darf nicht zu weiteren Eingriffen in die körperliche und psychische Unversehrtheit der Menschen führen. Die SVP setzt sich weiterhin konsequent für die Wahrung der persönlichen Freiheit ein, wie sie die Bundesverfassung garantiert.

Die SVP begrüsst das Ja zur Frontex-Vorlage. Damit können die EU-Aussengrenzen besser geschützt werden, was auch den Interessen der Schweiz dient. Es ist jedoch

kein Blankoscheck und darf nicht zu einem weiteren Abbau der Binnengrenzen führen. Die Schweiz muss die Kontrollen an ihren Landesgrenzen verstärken, denn die Staaten können sich selbst am besten schützen.

Richter missachten Volkswillen – Ausschaffungen endlich konsequent umsetzen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. Mai 2022

Die dem Volk vorgegaukelte «pfefferscharfe Umsetzung» der Ausschaffungsinitiative (Zitat von alt FDP-Präsident Philipp Müller) ist eine unverschämte Irreführung – das belegen die jüngsten Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Ganze 41,2 Prozent der verurteilten Ausländer werden von den Richtern nicht ausgeschafft, obwohl die Verfassung dies verlangt. Je nach Delikt ist die Bleibequote sogar noch viel höher. Bei schwerer Körperverletzung dürfen über die Hälfte (53 Prozent) der verurteilten Ausländer entgegen der Verfassung in der Schweiz bleiben. Bei strafbarer Pornographie sind es unfassbare 81 Prozent. Es werden also nur 2 von 10 Verurteilten ausgeschafft. Besonders verwerflich ist die Nachsicht der Richter bei sexuellen Handlungen mit Kindern. 66 Prozent der verurteilten ausländischen Kinderschänder dürfen nach dem Willen der Richter in der Schweiz bleiben – und so unsere Kinder weiter gefährden!

Der Status S ist nicht länger blindlings zu vergeben

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. Mai 2022

Die Bundeshausfraktion der SVP traf sich im Hinblick auf die Sommersession zu einer Sitzung in Basel. Dabei beschloss sie, in der Sommersession Vorstösse zur Vergabe des Schutzstatus S für ukrainische Kriegsvertriebene einzureichen. Konkret fordert die SVP eine regionale Beschränkung des Status S. Zudem muss der Missbrauch des Status S durch Asylmigranten gestoppt werden – inzwischen haben mindestens 1'000 Personen ohne ukrainischen Pass den Status S erhalten.

Links-Grün hat die Schweizer Armee in den vergangenen Jahren systematisch geschwächt. Angesichts der durch den Ukraine-Krieg veränderten Sicherheitslage ist die finanzielle und personelle Aufstockung der Armee heute dringend. Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die «Armeebotschaft 2022 (22.005)» sowie die Motion Salzmänn «22.3034: Aufstockung des Armeebudgets und Erhöhung der Bestände». Hinsichtlich des F-35A spricht sich die SVP-Fraktion dafür aus, dass der Bundesrat die Kaufverträge sofort, spätestens aber bis zum Ablauf der Offertenfrist am 31. März 2023 unterzeichnet.



Sicherheit beginnt an den Landesgrenzen – die SVP Schweiz besucht die Mitarbeitenden des Schweizer Zolls in Basel

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Mai 2022

Um sich aus erster Hand über die Arbeit und die Herausforderungen an der Grenze zu informieren, traf sich die SVP-Bundeshausfraktion am Freitagabend in Basel mit der BAZG-Spitze und mit Mitarbeitenden der Region Zoll Nord, die an den Grenzübergängen zu Frankreich und Deutschland für Sicherheit sorgen. Sie demonstrierten den Mitgliedern der SVP-Fraktion auch anhand von Praxisbeispielen, womit sie es täglich zu tun haben. Beim Treffen liess sich die SVP-Fraktion zudem über den Stand des DaziT-Programmes informieren, mit dem bis 2026 sämtliche Zoll-, Abgaben- und Kontrollprozesse vereinfacht, optimiert und digitalisiert werden. «Der Grenzschutz ist für ein souveränes Land wie die Schweiz zentral», sagt Fraktionspräsident Thomas Aeschi. Das Ja zur Frontex-Vorlage vom 15. Mai sei zwar insofern zu begrüßen, weil damit die EU-Aussengrenzen besser geschützt würden, was auch den Interessen der Schweiz diene. Dies dürfe jedoch nicht zu einem weiteren Abbau der Binnengrenzen führen, so Aeschi. «Die Schweiz muss die Kontrollen an ihren Landesgrenzen verstärken, denn die Staaten können sich selbst am besten schützen.»

Am Samstag nach der Sitzung trafen sich Bundesrat Ueli Maurer und die SVP-Fraktion auf dem Meret-Oppenheim-Platz in Basel mit der Bevölkerung und mit Vertretern der lokalen SVP-Sektion. Zahlreiche Interessierte nahmen teil und führten in ungezwungener Atmosphäre Gespräche mit unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. Der Versuch linker, demokratiefeindlicher Kreise, den friedlichen Anlass zu stören, lief dank des professionellen Einsatzes der Basler Polizei ins Leere. Die SVP Schweiz dankt den Polizistinnen und Polizisten für ihre wertvolle Arbeit, mit der sie die demokratischen Grundrechte schützen.

Für eine sichere und zukunftsorientierte Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Mai 2022

Die SVP, Die Mitte und FDP setzen sich dafür ein, dass mit unserer Zukunft nicht unnötig experimentiert wird. Daher setzen wir uns für die Reform der Altersvorsorge, die Reform der Verrechnungssteuer ein und lehnen die unnötige Tierhaltungsinitiative ab.

Das wichtigste Sozialwerk der Schweiz muss nach 25 Jahren Reformblockaden endlich modernisiert werden. Die Reform der Altersvorsorge (AHV 21) erreicht gleichzeitig eine Modernisierung und Stabilisierung der 1. Säule ohne Rentenkürzungen. Nur mit strukturellen Massnahmen, wie der Harmonisierung und Flexibilisierung des Referenzalters von Frau und Mann und finanziellen Massnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4% kann die Altersvorsorge zuverlässig und solide gesichert werden. So können auch zukünftige Generationen noch von einer AHV-Rente profitieren.

Mit der Reform der Verrechnungssteuer wird im September die zweite wichtige Modernisierung in der Schweiz erreicht. Diese Reform verhindert weitere Steuergeschenke ans Ausland. Das heutige System der Finanzierung durch Obligationen bestraft Schweizer Unternehmer, Bund, und Kantone, da ausländische Kapitalgeber nicht bereit sind zu den teuren Konditionen Finanzierungen zu ermöglichen.

Durch die unnötige Tierhaltungsinitiative sollen Anforderungen von privaten Bio-Gütesiegeln in der Verfassung festgeschrieben werden. Schon ohne diese unnötige Initiative besitzt die Schweiz im internationalen Vergleich einen der striktesten und tierfreundlichsten Anforderungskataloge für die Tierhaltung und Produktion von tierischen Produkten. Wir lehnen die Benachteiligung der Schweizer Produzenten und Konsumenten durch diese extreme Initiative entschieden ab.



Der Bundesrat muss endlich die Energieversorgung sicherstellen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Juni 2022

Die Fraktion der SVP lehnt den Rettungsschirm für Energieunternehmen ab – der Bundesrat hat die Energieversorgung sicherzustellen und nicht Unternehmen vor marktwirtschaftlichen Risiken zu schützen. Die Fraktion sagt zudem klar Nein sowohl zum indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative als auch zur Landschaftsinitiative. Diese links-grünen Forderungen sind zu extrem, finanzpolitisch nicht tragbar und gefährden im Falle der Landschaftsinitiative die Energieversorgung der Schweiz. Bei der BVG-Reform spricht sich die SVP einstimmig für ein Festhalten an der vom Nationalrat beschlossenen Vorlage aus.

Völlig unverständlich: Der Ständerat sagt Nein zur Senkung der Benzinsteuern! Jetzt erst recht: Unterstützen Sie den Kampf der SVP für tiefere Benzinpreise!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Juni 2022

Die Preise für Benzin und Diesel sind seit Januar um rund 50 Rappen gestiegen. Dies verursacht Mehrkosten für private Haushalte, Familien und Gewerbe. Vor allem die Menschen in ländlichen Regionen, die auf ein Auto angewiesen sind, sind davon betroffen. Aber auch der Rest der Bevölkerung spürt den Kaufkraftverlust. Denn die hohen Treibstoffpreise führen auch zu steigenden Konsumentenpreisen. Unter dem Strich bleibt den hart arbeitenden Menschen in unserem Land immer weniger im Portemonnaie. Besonders stossend ist, dass der Bund über die Steuern und Abgaben von den explodierenden Preisen profitiert – über 90 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel fließen zum Bund.

Die Ständeräte der anderen Parteien lehnten das Entlastungspaket der SVP ab. Dabei hätten es die Vertreter von Mitte und FDP in der Hand gehabt, zusammen mit der SVP die Schweizer Bevölkerung jetzt zu entlasten. Vor allem die Ablehnung der Vertreter ländlicher Kantone ist völlig unverständlich. Zumal die Entlastungen vor allem ihrer Bevölkerung, die auf ein Auto angewiesen ist, zugutekommen würden. Bleibt zu hoffen, dass der Nationalrat, der am 16. Juni über das Entlastungspaket der SVP befindet, im Sinne der Menschen in der Schweiz handelt.

Die anderen Parteien weigern sich Familien, Mittelstand und Gewerbe zu entlasten – jetzt erst recht: Unterstützen Sie den Kampf der SVP für tiefere Benzinpreise!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Juni 2022

Die Preise für Treibstoffe explodieren. Darunter leiden Familien, der Mittelstand und das Gewerbe. Ihnen bleibt immer weniger vom hart erarbeiteten Geld. Vor allem Menschen in ländlichen Regionen, die auf ein Auto angewiesen sind, müssen sich ihre Mobilität teuer erkaufen. Besonders stossend: der Staat profitiert über die Steuern und Abgaben von den explodierenden Preisen – über 90 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel fliessen zum Bund.

Unsere Nachbarländer haben die Benzinpreise bereits gesenkt. Nur der Bundesrat unternimmt nichts. Deshalb forderte die SVP in einer ausserordentlichen Session am 13. Juni im Ständerat und am 16. Juni im Nationalrat die Senkung der Steuern für Benzin, Diesel und Heizöl sowie höhere Steuerabzüge für Pendler (neu maximal 6000 statt wie bisher 3000 Franken).

Offensichtlich kümmern die anderen Parteien die Sorgen der Bevölkerung nicht: Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat das Entlastungspaket der SVP abgelehnt. Völlig unverständlich ist die Ablehnung der Vertreter ländlicher Kantone. Die Hauptverantwortung für diesen Bürger-feindlichen Entscheid tragen Mitte und FDP: Sie hätten es in der Hand gehabt, die Schweizer Bevölkerung zusammen mit der SVP zu entlasten.

Gezielte Entlastung des Mittelstandes – Bundesrat setzt SVP-Vorstoss um

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Juni 2022

Die Preise insbesondere für Benzin und Diesel steigen massiv, die Inflation lässt die Kaufkraft der Menschen in der Schweiz wie Butter an der Sonne schmelzen. Besonders betroffen ist einmal mehr der Mittelstand. Die SVP fordert deshalb entschieden eine gezielte und echte Entlastung der Menschen in der Schweiz. Sie begrüsst daher, die Umsetzung der Motion 17.3171 «Erhöhung der Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer zum Ausgleich der Explosion der Krankenkassenprämien» von Nationalrat Jean-Pierre Grin (VD).

Die anderen Parteien hingegen wollen noch mehr sozialistische Umverteilung auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. In der Sommersession beschloss die Mitte-Links-Mehrheit des Parlamentes aus SP, Grünen, GLP und Mitte mit vereinzelt Unterstützern aus der FDP, die Ausgaben für die Verbilligung der Krankenkassenprämien um jährlich 2.2 Milliarden Franken zu erhöhen. Diese mit höheren Steuern und Schulden finanzierte Umverteilung bei den Krankenkassenprämien

ist eine Mogelpackung: Was die anderen Parteien als «Stärkung der Kaufkraft» anpreisen, ist in Wahrheit ein weiterer Raubzug auf das Portemonnaie des hart arbeitenden Mittelstandes, der am Ende wieder die Rechnung für diese Politik bezahlen muss.

JULI



Jetzt endlich die produzierende Landwirtschaft und somit eine sichere Lebensmittelversorgung stärken!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Juli 2022

Das «Geheimrezept» der Mitte-Links Mehrheit im Bundesrat ist ja nicht neu. Ähnlich wie bei der durch eine ideologisch verblendete Energiepolitik hervorgerufenen Strommangellage, setzt der Bundesrat auch bei der durch ihn fehlgeleiteten Agrarpolitik auf Verzicht. Nachdem der Bund jahrelang Steuergelder für das Schmetterlinge-Zählen bezahlt hat, ist der Selbstversorgungsgrad auf ein Allzeit-Tief gesunken. Mit den Beschlüssen des Bundesrates vom 13. April wird die inländische Produktion von Nahrungsmitteln noch weiter sinken. Trotz dem klaren Nein der Stimmbevölkerung zu den Agrarinitiativen, will der Bundesrat mit seinen Entscheiden durch die Hintertüre ein Bioland Schweiz verwirklichen und die Wahlfreiheit der Konsumenten an der Landtheke einschränken.

Die SVP lehnt die Stossrichtung des Bundesrates entschieden ab. Wir haben in der Schweiz beste Voraussetzungen, um Fleisch und weitere Nahrungsmittel regional zu produzieren. Und was macht die Landesregierung? Sie setzt auf Verzicht und Bevormundung und macht unser Land mit ihren Zielen – die klar auf Kosten der Selbstversorgung gehen – noch abhängiger von Lebensmittelimporten. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem angesichts des Ukraine-Krieges eine weltweite Lebensmittelkrise besteht und eine grosse Hungersnot droht.

Gescheitertes Asylsystem: Frau Bundesrätin Keller-Sutter, handeln Sie endlich!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Juli 2022

Die masslose Zuwanderung geht weiter. Treiber ist neben der Personenfreizügigkeit das völlig fehlgeleitete und überholte Asylsystem: Allein seit Januar wurden in der Schweiz 8532 neue Asylgesuche eingereicht. Bis Ende dieses Jahres dürfte sich diese Zahl mehr als verdoppeln. Und obwohl es sich mehrheitlich um von kriminellen Schleppern über sichere Drittländer eingeschleuste Wirtschaftsmigranten handelt, können die Asylanten in der Regel hierbleiben und dauerhaft auf Kosten der Allgemeinheit leben. Doch nicht nur im Asylbereich, auch generell explodieren derzeit die Zuwanderungszahlen. Bis Ende des Jahres könnten über 200'000 Personen zusätzlich in unser kleines Land kommen.

Während es sich bei den Menschen aus der Ukraine um echte Kriegsvertriebene handelt, die temporär Schutz benötigen, ist die Mehrheit der Asylmigranten auf der Suche nach einem besseren Leben. Das fehlgeleitete Schweizer Asylsystem lässt es zu, dass fast jeder von ihnen hierbleiben und dauerhaft auf Kosten der Allgemeinheit leben kann. Aus Sicht der SVP ist das Asylsystem klar gescheitert.

Energie-Krise: Der Geheim-Plan der Linken und Grünen geht auf

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Juli 2022

Die Strom-Mangellage galt bereits vor dem Ukraine-Krieg als eines der grössten Risiken für die Schweiz. Die Ursache dafür, dass unser Land auf eine Strom-Katastrophe zusteuert, ist die weltfremde links-grüne Energiepolitik. Die SVP warnte bereits im Vorfeld zur Abstimmung über die untaugliche Energiestrategie 2050 vor Versorgungsproblemen und hohen Kosten – die anderen Parteien spotteten. Heute lacht niemand mehr: Energie und Strom werden knapp, ab Oktober kann es in der Schweiz kalt und dunkel werden. Mit katastrophalen Folgen für uns alle: Zu wenig Strom heisst Chaos, Armut, Hunger, Kälte, Tod.

Die ausserordentliche Lage erfordert einen ausserordentlichen Sondergipfel anfangs August. Die SVP Schweiz fordert den Bundesrat auf, die Parteien, Energieversorger und Wirtschaftsverbände einzuladen und einen klaren Massnahmenplan zu präsentieren, wie die Energieversorgung in der Schweiz gewährleistet werden kann: kurzfristig in diesem Winter und für die Zukunft.

Stopp dem Asyl-Chaos – Parteivorstand der SVP setzt eine Arbeitsgruppe ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. August 2022

Die masslose Zuwanderung führt zu immer mehr Problemen. Insbesondere illegale Asylmigranten belasten unser Land und unsere Gesellschaft über die Massen. Die Aufnahme von Wirtschaftsmigranten aus bald allen Kontinenten kostet Bund, Kantone und Gemeinden Milliarden an Steuerfranken. Zudem hat die Asyl-Zuwanderung ein Ausmass angenommen, das die Bevölkerungsstruktur in unserem Land so stark verändert, dass Werte wie Demokratie und Toleranz, überlieferte Traditionen, die Formen des Zusammenlebens, die öffentliche Sicherheit und sogar das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt werden.

Die fatale Vermischung der Begriffe «Hilfe» und «Aufnahme» in der heutigen Asylpolitik hat zu einer massenhaften Zuwanderung von Asylmigranten in unser gut ausgebautes Sozialsystem geführt. Dies gilt es dringend zu korrigieren. Es kann nicht sein, dass jeder illegale Asylmigrant einfach hierbleiben kann und auf Kosten der Allgemeinheit lebt. Der Vorstand der SVP Schweiz hat deshalb an seiner Sitzung in Baar (ZG) einstimmig entschieden, eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Nationalräte Gregor Rutz und Andreas Glarner einzusetzen: für ein zeitgemässes Asylwesen und gegen die schädliche Asylumigration in die Schweiz.

Nach der Sitzung trafen sich der Vorstand der SVP Schweiz sowie die Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin im Zentrum von Baar bei Wurst und Baarer-Bier mit der lokalen Bevölkerung zu einem SVP bi de Lüt.



Keine Technologie-Verbote: Die Schweiz muss möglichst schnell neue Kernkraftwerke bauen dürfen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. August 2022

Der Schweiz droht eine Energiekrise von nie dagewesenem Ausmass. Schon in diesem Winter könnten wir zu wenig Gas und – noch schlimmer – Strom haben. Dies hätte katastrophale Folgen für alle Menschen in unserem Land. Eine Strom-Mangel-lage bedroht unsere Lebensgrundlagen. Zu wenig Strom heisst Chaos, Armut, Hunger, Kälte, Tod. Grund für die Krise ist die völlig verfehlte, ideologische links-grüne Energiepolitik, die noch immer auf die klar gescheiterte Energiestrategie 2050 setzt.

An ihrer Versammlung in Baar (ZG) befassten sich die Delegierten der SVP Schweiz mit der Frage, wie die Energiekrise kurzfristig zu bewältigen ist und wie mittel- und langfristig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sichergestellt werden kann.

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten die Parolen für die Abstimmungen vom 25. September:

- JA zur «Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer»
- JA zur «Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)»
- NEIN zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Aus Zeitgründen und weil die Vorlage unbestritten ist, fasste der Parteivorstand im Vorfeld der Delegiertenversammlung einstimmig und abschliessend die JA-Parole zur Reform der Verrechnungssteuer.

Nein zum Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative – die Fehler der Energiestrategie dürfen sich nicht wiederholen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. September 2022

Der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative fordert den kompletten Ausstieg aus fossilen Energien – und zwar ohne vorher zu wissen, wie Erdöl und Gas künftig zu ersetzen sind. Ein solcher Entscheid hätte verheerende Folgen für unser Land – insbesondere in der aktuellen Energiekrise. Die Fehler der Energiestrategie 2050 dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Die SVP-Fraktion lehnt an ihrer Sitzung in Lugano (TI) den indirekten Gegenvorschlag einstimmig ab.

Besorgniserregend ist auch die Lage bei der Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Lebensmitteln. Aktuell liegt der Selbstversorgungsgrad unseres Landes nur noch knapp über 50 %. Im Klartext heisst das: Wenn es hart auf hart kommt, hat nur noch jeder oder jede Zweite Essen auf dem Teller.

Gleichzeitig geht die masslose Zuwanderung weiter – allein in diesem Jahr könnten über 200'000 Menschen zusätzlich in unser Land kommen. Eine Ursache dafür ist die grosszügige Aufnahme der Kriegsvertriebenen aus der Ukraine mit Status S. Die SVP fordert vom Bund, Lösungen auszuarbeiten, wie dieser Status S wieder aufzuheben ist. Denn gemäss Asylgesetz haben die Ukrainerinnen und Ukrainer nach 5 Jahren in der Schweiz automatisch Anrecht auf die Aufenthaltsbewilligung B und werden hierbleiben. Weil der Krieg in der Ukraine noch lange dauern kann, müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Auch ist zu regeln, wie die Schweiz mit Ukrainern umgeht, die aus Nachbarländern der Ukraine in die Schweiz einreisen. Gleichzeitig verschärft sich bei den übrigen Asylbewerbern die Lage – seit Monaten verzeichnen die Grenzbehörden steigende Zahlen an Asyl-Migranten vor allem auch aus Nordafrika.

Der Bundesrat gefährdet die Sicherheit der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. September 2022

Der Bundesrat öffnet mit dem heute verabschiedeten Sicherheitspolitischen Bericht Tür und Tor für eine Annäherung an die NATO. Die SVP lehnt dies entschieden ab: Dies wäre mit der Neutralität der Schweiz nicht zu vereinbaren und würde die Sicherheit unseres Landes gefährden.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, unverzüglich wieder zur dauernden, bewaffneten und umfassenden Neutralität zurückzukehren, wie sie in unserer Verfassung verankert ist. Zudem ist die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz wieder voll herzustellen, damit die bewaffnete Neutralität gesichert wird und Land und Menschen vor feindlichen Angriffen geschützt werden können. Die SVP lehnt eine stärkere Ausrichtung der Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf eine internationale Zusammenarbeit – sei es mit der NATO oder der EU (PESCO) – entschieden ab.

Strom-Mangel: Wie erhöht Bundesrätin Sommaruga die inländische Produktion? Die SVP fordert Antworten!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. September 2022

Das Volk nahm 2017 die ideologische links-grüne Energiestrategie 2050 unter falschen Versprechungen an. Die SVP warnte damals vor explodierenden Kosten und vor Mangellagen – Befürchtungen, die eingetroffen sind. Die SVP-Fraktion fordert in der laufenden Herbstsession mit einer dringlichen Interpellation Antworten vom Bundesrat. Unter anderem will sie wissen, was der Bundesrat tut, um die inländische Stromproduktion kurzfristig zu erhöhen und ob der Bundesrat den Vorschlag von Markus Blocher unterstützt. Dieser hat unlängst in den Medien gefordert, mit Diesel betriebene Notstromaggregate von privaten Unternehmen permanent laufen zu lassen, um die drohenden Mangellage zu verhindern. Mit diesen Aggregaten könnte so viel Strom erzeugt werden wie mit dem KKW Gösgen.

Schuldenwirtschaft von Mitte-Links stoppen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. September 2022

Der Bundeshaushalt ist aus dem Lot. In den letzten 30 Jahren haben sich die Ausgaben von 31.6 Milliarden Franken (1990) auf 87.8 Milliarden Franken (2020) fast verdreifacht. Auch unter Ausklammerung der milliardenteuren Corona-Massnahmen ist diese Entwicklung dramatisch. Der Staat wächst viel schneller als die Wirtschaft. Und dieser negative Trend dürfte sich weiter verschärfen. Die Folgen der stark angestiegenen Schulden durch die Corona-Politik des Bundesrats werden die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler noch Jahrzehnte belasten. Gleichzeitig müssen die Menschen in der Schweiz die Versäumnisse und Trauertänzerien der verfehlten links-grünen Politik teuer bezahlen, beispielsweise in der aktuellen Energie- und Stromkrise. Aber auch bei der Ernährungssicherheit und der Landesverteidigung kommt diese Politik die Schweizer Bevölkerung teuer zu stehen. Nicht zu reden von den ständig steigenden Sozialausgaben, dem mit Abstand grössten Budgetposten des Bundes.

Nur wenn wir zur haushälterischen Vernunft zurückkehren, haben Bevölkerung und Wirtschaft den notwendigen Entfaltungsfreiraum, der die Voraussetzung dafür bildet, dass wir auch in Zukunft in einem prosperierenden Land leben können. Davon profitieren wir alle: Eine erträgliche Steuerlast bedeutet mehr Geld zum Leben. Ein wettbewerbsfähiger Werkplatz Schweiz sichert Arbeitsplätze. Und eine dauerhafte Finanzstabilität stellt sicher, dass unsere Sozialwerke auch für noch für unsere Kinder und Enkelkinder da sind.



Gescheiterte Energiepolitik: SVP fordert Marschhalt und Sicherstellung der Energieversorgung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. September 2022

Mit der Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes setzt der Bundesrat seinen ideologischen Blindflug in der Energiepolitik fort. Das neue Gesetz soll die bis 2025 befristeten Massnahmen ersetzen und sieht massive Eingriffe in den Bereichen Verkehr, Fliegen, Gebäude etc. vor.

Angesichts des drohenden Strommangels fordert die SVP, dass die Anwendung der verschärften CO₂-Zielwerte aufgeschoben wird. Statt die gescheiterte Energiestrategie fortzusetzen, muss der Bundesrat mit höchster Priorität die Strom- und Energieversorgung sicherstellen. Um dies zu gewährleisten, sind die Förderprogramme zur Elektrifizierung (Mobilität, Heizung) zu sistieren.

SVP-Fraktion beantragt dem Parteivorstand das Referendum gegen den Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. September 2022

Die Energiestrategie 2050 wurde im Jahr 2017 unter falschen Versprechungen vom Volk angenommen. Die SVP hatte bereits damals gewarnt, dass die links-grüne ideologische Strategie zu massiv mehr Kosten und zu einer Verknappung von Strom führen würde. Das ist jetzt eingetreten: Heute explodieren die Preise und wir stehen vor dem ersten Winter, in dem uns der Strom auszugehen droht. Alternative Stromquellen beziehungsweise Stromspeicherkapazitäten stehen nicht ausreichend zur Verfügung.

Die Gletscherinitiative und der indirekte Gegenvorschlag, geben vor, wir in der Schweiz könnten die Gletscher, die Eisbären und die ganze Welt retten. In Tat und Wahrheit erhält der Bundesrat mit dem Gegenvorschlag eine Generalvollmacht mittels Verordnungen das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. De facto läuft dies auf ein Verbot von fossilen Energieträgern heraus – und dies, ohne vorgängig zu wissen,

wie Öl und Gas zu ersetzen sind. Dies führt zu einer weiteren Verknappung und damit zu einer Verteuerung von Strom und Energie.

Auch werden Hunderte von Milliarden Kosten, Vorschriften, Verbote, Zwang und neue Steuern auf uns alle zukommen. Ausgestattet mit dieser Generalvollmacht kann der Bundesrat verbindliche Vorschriften für die Dämmung von Fassaden und Dächern alter Häuser, das Verbot von Diesel- oder Benzin-Motoren und vieles mehr verordnen.

Jetzt Energiekosten senken und Kaufkraft stärken

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. September 2022

Die Preisexplosion auf breiter Front bringt viele Haushalte und Unternehmen in existenzielle Nöte. Die SVP-Fraktion gibt hier Gegensteuer: An den von ihr verlangten ausserordentlichen Sessionen reicht sie dazu heute im National- und Ständerat gleichlautende Vorstösse ein. Sie alle dienen dem Ziel, die Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft zu senken und die Kaufkraft zu stärken. Gleichzeitig kämpft die SVP dafür, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Unsere Bauern sollen nicht noch mehr Schmetterlinge zählen, sondern angesichts des Krieges in Europa und einer drohenden weltweiten Hungersnot gesunde und lokale Lebensmittel produzieren.

Weiterer Gegenstand der ausserordentlichen Sessionen ist der Schutzstatus-S. Der Bundesrat erwartet in diesem Jahr bis zu 120'000 zusätzliche Personen im Asylprozess. Das bringt in jeder Hinsicht enorme Belastungen mit sich. Ausserdem birgt die pauschale Aufnahme der Kriegsvertriebenen aus der Ukraine ein grosses Missbrauchspotenzial.

Energie-Krise verschärfen? NEIN zum Stromfresser-Gesetz!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. September 2022

Strom-Mangel bis zum Blackout, explodierende Preise, noch weniger Strom und Kosten von weit über 300 Milliarden Franken: Das sind die verheerenden Folgen des links-grünen ideologischen Gesetzes, das die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments beschlossen hat. Unter dem verharmlosenden und irreführenden Namen «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit», wird die Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 ins Gesetz geschrieben. Im Klartext heisst das: Heizöl, Benzin, Diesel und Gas werden verboten. Heizen und Autofahren sind nur noch elektrisch möglich. Das wird den Stromverbrauch in unserem Land massiv erhöhen – dabei wissen wir bereits heute nicht, woher wir den Strom nehmen sollen. Hier muss das Volk das letzte Wort haben: Deshalb hat der Vorstand der SVP Schweiz einstimmig entschieden, das Referendum gegen dieses Stromfresser-Gesetz zu ergreifen.

Die SVP dankt Bundesrat Ueli Maurer für seinen grossartigen Einsatz zum Wohl unserer Schweiz und unserer Bevölkerung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. September 2022

Am 30. September 2022 ist Bundesrat Ueli Maurer nach 14-jähriger Amtszeit als Bundesrat per 31. Dezember 2022 zurückgetreten. Er wurde am 10. Dezember 2008 von der Vereinigten Bundesversammlung in den Bundesrat gewählt und war vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2015 Vorsteher des eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS und vom 1. Januar 2016 bis zu seinem Rücktritt Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartementes EFD. In den Jahren 2013 und 2019 präsidierte er den Bundesrat.

Ueli Maurer hat im VBS nach Jahren des Abbaus eine breite Debatte über die damaligen Mängel unserer Armee lanciert. Damit erreichte er eine Trendwende und konnte die zur Verfügung stehenden Mittel um rund 1 Mia. Franken erhöhen. Er führte wieder ein taugliches Mobilmachungskonzept ein, leitete eine Vielzahl von Beschaffungsprojekten ein und ermöglichte so eine wesentliche Verbesserung der Ausrüstung und Einsatzfähigkeit der Truppen.

Im EFD sorgte Ueli Maurer mit einer sparsamen Finanzpolitik für eine verantwortungsvolle Verwendung unserer Steuergelder. Während der Corona-Krise sicherte er dank einem rasch aufgelegten Bürgschaftskredit-Programm das Überleben zahlreicher KMU und damit den Erhalt zehntausender Arbeitsplätze. Mittlerweile hat er bereits den Abbau der Corona-Schulden unter Einhaltung der Schuldenbremse geregelt. Bundesrat Maurer hat das Parlament auch jetzt wieder ermahnt, die Schuldenbremse zu wahren, und nicht verantwortungslos neue Ausgaben zu beschliessen.

Ueli Maurer war im Bundesrat der wesentliche Treiber für die Digitalisierung in der Verwaltung sowie zwischen Bund und Kantonen. Zur Stärkung der Cyberabwehr hat er ein Bundesamt für Cybersicherheit initialisiert. Auf der internationalen Ebene hat Ueli Maurer für die Schweiz eine ständige Teilnahme bei der G20 erreicht und unser Land dank der frühzeitigen rechtlichen Regelung des Bereichs der Fintech und Blockchain-Technologie zu einem der führenden Staaten gemacht.

Die SVP Schweiz bedauert den Rücktritt von Ueli Maurer sehr. Sie dankt ihm für sein langjähriges, grosses und unermüdliches Engagement zu Gunsten unseres Landes und unserer Bevölkerung und wünscht ihm weiterhin alles Gute.



Energie-Krise verschärfen? SVP lanciert Referendum gegen das Stromfresser-Gesetz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Oktober 2022

Das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» sei von «enormer Tragweite für unser Land», sagt Parteipräsident Marco Chiesa an der Medienkonferenz vom 11. Oktober in Bern. Deshalb müsse das Volk das letzte Wort haben. Der neuste «energiepolitische Irrlauf von Mitte-Links» sei «Gift für unsere Wirtschaft, Gift für unseren Wohlstand und Gift für die Menschen in der Schweiz». Er sei aber auch «demokratiepolitisch schädlich»: «Das Gesetz ist eine Generalvollmacht für den Bundesrat – ohne Mitsprache der Bevölkerung.»

Nationalrat Michael Graber, Präsident des Referendumskomitees, moniert, dass das angepeilte «Netto-Null»-Ziel bis 2050 mindestens eine Verdoppelung des heutigen Stromverbrauchs bedeuten würde. Der Begriff «Stromfresser-Gesetz» bringe deshalb das Kernproblem auf den Punkt. Erfreut zeigt sich Graber darüber, dass sich mit alt Nationalrat Hans Egloff sowie mit alt Nationalrat Hans-Ulrich Bigler zwei schweizweit bekannte Persönlichkeiten im Co-Präsidium engagieren, welche auch Schlüsselpositionen in wichtigen Verbänden wahrnehmen. Auch von Vertretern der FDP habe er bereits positive Signale erhalten.

«Wir haben schon heute zu wenig Strom – und mit dem Stromfresser-Gesetz verschärfen wir die katastrophale Lage noch einmal massiv», fasst Parteipräsident Marco Chiesa zusammen. Das müsse unbedingt verhindert werden – mit dem Referendum gegen das schädliche und gefährliche Stromfresser-Gesetz.

Nur die SVP stoppt die masslose (Asyl-)Zuwanderung und die Plünderung unserer Sozialwerke

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Oktober 2022

Asylmigranten belasten unser Land und unser Zusammenleben. Bis Ende 2022 rechnet der Bund mit 22'000 neuen Asylgesuchen sowie zusätzlich mit der Aufnahme von bis zu 120'000 Ukrainerinnen und Ukrainern. Inklusiv der Zuwanderung via Personenfreizügigkeit und aus Drittstaaten werden allein in diesem Jahr bis zu 240'000 Menschen in unser kleines Land kommen. Sie alle benötigen Wohnraum, benutzen die Strassen oder den öV und – das ist in der aktuellen Stromkrise fatal – sie verbrauchen Strom und befeuern so die Krise. Zudem kostet die Asyl-Zuwanderung die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden.

Wahlen 2023: Links-grüne Schweiz-Zerstörer stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Oktober 2022

Auf den Tag genau ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen versammeln sich die SVP-Delegierten bei bester Stimmung und hochmotiviert in Luzern. «Für eine sichere Zukunft in Freiheit – statt kalt duschen und soziale Unruhen», lautet das Motto. Es gehe 2023 darum, einen weiteren Links-Rutsch zu verhindern, betont Parteipräsident Marco Chiesa. Sonst sei es vorbei mit unserem Wohlstand, unserer Freiheit und Unabhängigkeit: «Die links-grüne Politik ist eine Selbstmörder-Politik: Sie zerstört alles, was den Erfolg der Schweiz ausmacht.» Die Zeit reiche nicht aus, um eine vollständige Bilanz dieser «links-grünen Katastrophenpolitik» zu machen. Links-Grün heisse zu wenig Energie und Strom, Wohlstandsverlust, Verarmung, erdrückende Steuerlast, Bevormundung und Verbote, Asyl für alle und eine 10-Millionen-Schweiz. Und erst noch «Gender-Gaga, Sprachpolizei und Toiletten-Wahnsinn». «Unser freies Land geht vor die Hunde, wenn es uns nicht gelingt, den links-grünen Vormarsch zu stoppen», mahnt Chiesa.

Emotionaler Höhepunkt der Delegiertenversammlung ist der Auftritt des scheidenden Bundesrates Ueli Maurer, der seinem Ruf als unbeirrbarer Mahner und als finanzpolitisches Gewissen der Nation treu bleibt und die Delegierten zu frenetischem Applaus mitreisst. Die Lage sei angespannt, warnt Maurer. Durch die ungebremste Zuwanderung steige zwar das Bruttoinlandprodukt – jedoch nicht pro Kopf. Bei der Abstimmung zur Energiestrategie 2050 sei der Bundesrat davon ausgegangen, dass die Schweiz 2050 neun Millionen Menschen zählen würde. «Diese Zahl werden wir bereits Ende 2022 erreichen – ganze 28 Jahre früher!» Auch die Finanzlage sieht düster aus: «Wir haben mittlerweile über 20 Milliarden Franken Schulden angehäuft – Schulden, die unsere Kinder dereinst bezahlen müssen», sagt Maurer. Doch die Medien und die Dauerempörten interessieren dies nicht. Man rege sich lieber wochenlang über seine Aussage auf, dass es ihm egal sei, ob ein Mann oder eine Frau seine Nachfolge antrete, Hauptsache es sei kein Es. «Das entlarvt die Dekadenz dieser Gesellschaft.»

Bundesratsersatzwahl vom 7. Dezember 2022

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Oktober 2022

Die nächste Etappe ist erreicht: Bis am Freitag, 21. Oktober, konnten die Kantonalparteien ihre Kandidaturen für die Ersatzwahl von Bundesrat Ueli Maurer melden.

Folgende Kandidaturen sind – nach chronologischer Reihenfolge – eingegangen:

- Ständerat Werner Salzman (BE)
- Nationalrat Albert Rösti (BE)
- Regierungsrat Heinz Tännler (ZG)
- Regierungsrätin Michèle Blöchli (NW)
- a. Nationalrat Hans-Ueli Vogt (ZH)

Nun nimmt die Findungskommission unter Leitung von a. Nationalrat Caspar Baader ihre Arbeit auf, führt mit allen gemeldeten Personen Hearings durch und prüft die Kandidaturen. Dabei geht es auch um politische Kernthemen der SVP wie die Neutralität und Selbstbestimmung der Schweiz, um die akute Asyl- und Migrationskrise, um eine sichere Energieversorgung, die Entlastung des Mittelstandes und der Unternehmen und eine Stärkung der Schweizer Lebensmittelproduktion.

Am Freitag, 18. November 2022 wird die Fraktion in Hérémence (VS) den Antrag an die Vereinigte Bundesversammlung beschliessen.

Klima-Terroristen blockieren Strassen – und nichts passiert!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. November 2022

Nichtsnutze hindern die arbeitende Bevölkerung beim Berufsverkehr. Handwerker kommen nicht zu ihren Baustellen. Lieferanten kommen nicht zu ihren Kunden. Nicht einmal die Ambulanzen kommen durch. In Grossbritannien starben wegen solcher Blockaden bereits zwei Menschen. Muss es auch in der Schweiz soweit kommen?

Sympathisierende Medien nennen diese Leute verharmlosend «Klima-Aktivisten». In Wahrheit handelt es sich um Klima-Terroristen, die unsere Freiheit und Sicherheit bedrohen. Radikale, insbesondere auch vom Ausland finanzierte Bewegungen wie Extinction Rebellion oder Renovate Switzerland wollen den Umsturz unserer freiheitlichen und demokratischen Ordnung. Dazu gehört auch eine mit Steuergeldern bezahlte Professorin aus Lausanne, die sich auf einer Autobahn anklebte.

Und was passiert? Nichts. Die Polizei muss warten, bis die Rettungssanitäter vor Ort sind. Der Berufsverkehr auch. Die Klimaaktivisten machen sich über unser lasches System lustig, so wie es illegale Migranten tun. Dem muss ein Ende gesetzt werden. Ansonsten haben die untätigen Politiker und Gerichte die Verantwortung zu übernehmen, wenn die Situation bei den behinderten Verkehrsteilnehmern eskaliert.

Bundesrat macht Bahn frei für weiteren ungebremsten Asylzustrom

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. November 2022

Noch im August hat der Bundesrat auf den Fraktions-Vorstoss der SVP «Reguläres Asylverfahren statt Schutzstatus S für Menschen aus der West-, Zentral- und Nordukraine» geantwortet, die «vorgeschlagene Durchführung regulärer Asylverfahren für Personen aus bestimmten, momentan kriegsfreien Regionen der Ukraine würde ferner zu einer Überlastung des Asylverfahrens führen und damit dem Ziel des Schutzstatus S, die Asylverfahren zu entlasten, zuwiderlaufen.»

Dass die Asylzentren faktisch voll sind, kümmert die zuständige Bundesrätin Keller-Sutter offensichtlich nicht. Sie reicht die Asyilmigranten einfach an die Kantone weiter. Dort müssen Zivilschutzanlagen geöffnet und Turnhallen für Schulen und Sport gesperrt werden und – wenn der Strom der Wirtschaftsmigranten nicht endlich abreisst – Containersiedlungen und Zeltstädte aufgebaut werden.

Allein in diesem Jahr wird unser kleines Land um über 200'000 Menschen wachsen. Die Hälfte von ihnen, wird auf Kosten der arbeitenden und Steuern zahlenden Schweizer Bevölkerung leben. Die Erfahrung zeigt: Bei Schutzsuchenden beträgt die Sozialhilfequote 90%, bei Flüchtlingen selbst nach 5 Jahren in der Schweiz 85%. Dafür bezahlen muss einmal mehr der hart arbeitende Mittelstand.



Staatlich unterstützte Zwangsheiraten müssen Konsequenzen haben!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. November 2022

Dass in faktisch staatlich finanzierten Räumen wie im Haus der Religionen in der Stadt Bern potenziell jugendgefährdende Inhalte missioniert und Zwangsheiraten vollzogen werden, ist ein Skandal und ein Affront gegenüber den Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Die SVP fordert, dass den Verantwortlichen allfällige Mietverträge sowie alle allfälligen – mit Steuergeldern finanzierten – Leistungsvereinbarungen zu kündigen sind. Als Sofortmassnahme ist dem «Haus der Religionen» die zeremonielle Eheschliessung per sofort polizeilich zu untersagen, bis die gemäss Medienberichten dort an Frauen und Mädchen begangenen Übergriffe (sog. Zwangsehen) lückenlos aufgeklärt worden sind. Der für den Vollzug der Zwangsheiraten verantwortliche Imam ist zudem des Landes zu verweisen. Offenbar ist der Kulturkonflikt krass unhaltbar und der weitere Verbleib des Imams in der Schweiz ist der Gesellschaft nicht zuzumuten.

Die Kosten für das Haus der Religionen betragen rund 10 Millionen Franken, massgeblich finanziert durch den Kanton Bern, den Lotteriefonds, der Stadt Bern sowie der Burgergemeinde Bern. Die SVP erwartet vom jeweiligen Gemeinwesen, dass es sich sofort und ohne Wenn und Aber von diesen Zwangsehen distanziert. Zudem sind unverzüglich geeignete Massnahmen umzusetzen, um den Schutz von Minderjährigen und von Frauen zu gewährleisten. Der leitende Imam, der in Syrien, Tunesien und Saudi-Arabien an islamischen Universitäten studiert und bisher öffentlichkeitswirksam für einen «moderaten Islam» geworben hat, wird aufgefordert, die Einstellungs- und Arbeitsprozesse, die Finanzierung sowie das Controlling des Vereins offenzulegen und konkrete Verbesserungsvorschläge öffentlich bekannt zu geben.

Bundesratsersatzwahl: SVP-Fraktion nominiert Zweierticket mit Albert Rösti und Hans-Ueli Vogt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. November 2022

Die SVP-Fraktion ist der Empfehlung des Fraktionsvorstandes gefolgt und hat sich an ihrer Sitzung in Hérémece (VS) für ein Zweierticket ausgesprochen. Albert Rösti wurde im ersten Wahlgang mit 26 Stimmen nominiert (absolutes Mehr von 25 Stimmen). Mit 26 zu 25 Stimmen setzte sich Hans-Ueli Vogt gegen Werner Salzman durch und wurde ebenfalls zuhanden der Vereinigten Bundesversammlung nominiert. Diese wählt am 7. Dezember 2022 einen Ersatz für den per Ende des Jahres abtretenden Bundesrat Ueli Maurer.

Mit Albert Rösti und Hans-Ueli Vogt präsentiert die SVP der Bundesversammlung zwei hervorragende Kandidaturen. Beide sind integer, führungsstark und verfügen über einen beachtlichen politischen und beruflichen Leistungsausweis. Auch identifizieren sich beide Kandidaten mit den Kernthemen der Partei.

Unser Land steht vor grossen Herausforderungen. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, die von der SVP längst vorausgesagte Stromknappheit eine Realität und unser kleines Land verzeichnet rekordhohe Zuwanderungszahlen. Auch steigt der Druck aus dem Ausland auf unsere Neutralität.

In dieser schwierigen Zeit braucht es im Bundesrat Persönlichkeiten, die entschlossen für das Wohl der Schweiz und der Menschen in unserem Land eintreten, die in der Lage sind, in jedem Departement und als Mitglied der Exekutive eine Lageanalyse vorzunehmen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und diese durchzusetzen.

Der Bund macht wieder Milliardenschulden. Nur die SVP kämpft für die Einhaltung der Schuldenbremse: Kein Geld für Asylschmarotzer und Schluss mit den überbordenden Privilegien der Bundesangestellten.

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. November 2022

Seit der Corona-Pandemie ist der Bundeshaushalt für die Mitte-Links-Mehrheit endgültig zum Selbstbedienungsladen geworden. Diese verantwortungslose Finanzpolitik wird sich rächen. Denn die Ausgaben von heute sind die Steuern von morgen. Dabei sind wir es den Steuerzahlern und den künftigen Generationen schuldig, sorgsam mit den Steuergeldern umzugehen.

Leider ist die SVP die einzige Partei, die das Ausgabenwachstum stoppen will. Die Mitte-Links-Mehrheit gibt die Steuergelder jedoch weiter mit beiden Händen aus: Die masslose Zuwanderung, Asylschmarotzer aus der ganzen Welt, die Gegenvorschläge zur Gletscher- und zur Prämiensenkungsinitiative, der öffentliche Verkehr und familienergänzende Kinderbetreuung sorgen für Zusatzbelastungen in Milliardenhöhe. Wer soll das bezahlen? Wie immer der Mittelstand und die hart arbeitende Bevölkerung.

Keine faulen Kompromisse – gegenüber der EU ist endlich Klarheit zu schaffen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. November 2022

Wie die Medien berichteten, hat sich Chefunterhändlerin Livia Leu in den Sondierungsgesprächen mit der EU auf «ein gemeinsames Verständnis» über eine Paketlösung geeinigt. Dies klingt nach faulen Kompromissen auf Kosten der Schweiz bei der Streitbeilegung, der automatischen Rechtsübernahme und der Zuwanderung.

Die SVP erwartet vom Bundesrat, dass er nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen in diesen Punkten nicht mehr weiter verhandelt, sondern gegenüber der EU endlich Klarheit schafft: Es wird kein wie auch immer geartetes Abkommen geben, bei dem sich die Schweiz EU-Recht und EU-Richtern unterwirft.

Angesichts der rekordhohen Zuwanderung – allein in diesem Jahr kommen über 200'000 Personen zusätzlich in die Schweiz – ist endlich die Verfassungsbestimmung umzusetzen, nach der die Schweiz die Zuwanderung eigenständig regelt. Die SVP fordert vom Bundesrat, dass er auch hier endlich Klarheit schafft und die Personenfreizügigkeit durch eine Kontingentslösung ersetzt.

DEZEMBER

Die SVP bekennt sich zur Konkordanz und wählt eine der offiziellen SP-Kandidatinnen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. Dezember 2022

Die SP schlägt für den Ersatz der abtretenden Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein Zweier-Ticket mit den Ständerätinnen Elisabeth Baume-Schneider und Eva Herzog vor. Aus Sicht der SVP-Fraktion sind beide keine idealen Kandidatinnen: Sowohl Baume-Schneider als auch Herzog politisieren klar links. Sie sprechen sich für die Aufweichung der Neutralität aus, wollen die Schuldenbremse lockern und die Schweiz mit einem institutionellen Abkommen an die EU binden. Auch sind beide SP-Kandidatinnen nicht bereit, endlich den Verfassungsauftrag umzusetzen und die masslose Zuwanderung zu begrenzen.

Die SVP-Fraktion hat die beiden SP-Kandidaturen in ihrer heutigen Sitzung eingehend diskutiert. Die SVP bekennt sich klar zur Konkordanz und dazu, bei der Ersatzwahl nur die offiziell von der SP vorgeschlagenen Kandidatinnen zu wählen.



Die SVP gratuliert Albert Rösti zur Wahl in den Bundesrat – ein Garant für eine Politik zum Wohle der Schweiz und ihrer Bürgerinnen und Bürger

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Dezember 2022

Mit Albert Rösti im Bundesrat setzt die SVP in dieser schwierigen, Krisen behafteten Zeit, ihre Regierungsverantwortung ungebrochen fort. Unser Land ist von allen Seiten unter Druck, das Erfolgsmodell Schweiz ist in Gefahr. Insbesondere die Stromkrise und die massive Zuwanderung stellen unser Land vor grosse Herausforderungen. Mit Albert Rösti ist neben dem bisherigen SVP-Vertreter Guy Parmelin eine Persönlichkeit neu im Bundesrat, die breite Akzeptanz genießt und sich klar für das Wohl der Schweiz und ihrer Bevölkerung einsetzt.

Die SVP wünscht ihrem neuen Bundesrat viel Erfolg bei seiner neuen Tätigkeit!

Den linksgrünen Blindflug stoppen – alles tun für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Dezember 2022

Seit 1995 ist das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) in den Händen von Mitte-Links: Bis 2010 stand SP-Bundesrat Mortiz Leuenberger, bis 2018 Mitte-Bundesrätin Doris Leuthard und seit 2019 SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga dem für die ausreichende Strom- und Energieversorgung verantwortlichen Departement vor. Die Bilanz ihrer von einer links-grünen Ideologie geprägten Energiepolitik ist desaströs: Unser Land befindet sich in einer beispiellosen Energiekrise. Doch statt in der Krise endlich alles für eine genügende inländische Stromproduktion zu tun, setzte Bundesrätin Sommaruga bis zuletzt ihren energiepolitischen Blindflug fort und machte mit peinlichen Strom-Spar-Appellen statt mit dem dringend nötigen Ausbau der inländischen Stromproduktion von sich reden.

Mit dem Wechsel an der Departementsspitze kann der energiepolitische Irrweg endlich gestoppt und die Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit ausreichend

bezahlbarem inländischem Strom gesichert werden. Der SVP ist jedoch bewusst, dass auf den neuen UVEK-Vorsteher eine Herkules-Aufgabe wartet, gilt es doch es jahrzehntelang festgefahrene Strukturen und Konzepte aufzubrechen.

Die Flut von Asylschmarotzern ist endlich zu stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Dezember 2022

Bis Ende des Jahres rechnet der Bund mit 24'000 neuen Asylgesuchen. Dabei handelt es sich in der Regel nicht um Flüchtlinge, sondern um Zuwanderer, die auf der Suche nach einem besseren Leben durch etliche sichere Drittstaaten illegal in unser Land kommen. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten 14 Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34.6 Prozent – jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Die Folgen dieser Asylpolitik sind fatal: Zu viele der Asilmigranten kommen aus frauenverachtenden Kulturen, sind hier kriminell und sind schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: sie sind kaum oder gar nicht integrierbar. Das verursacht Milliarden an Kosten bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in der Bildung sowie bei Polizei, Justiz und Strafvollzug.

Doch statt die Flut von Asylschmarotzern endlich zu stoppen, will der Bundesrat 140 Zivildienstleistende und 500 Armeeangehörige für die Betreuung der Asylanten, für deren Transport oder für den Betrieb der Unterkünfte einsetzen. Die SVP lehnt dies entschieden ab, handelt es sich dabei doch um reine Symptombekämpfung. Wenn es die EU trotz Milliardenzahlungen nicht schafft, die Aussengrenzen zu schützen, dann muss unser Land dies selber in die Hand nehmen. Wenn also der Bundesrat die Armee aufbietet, dann zum Schutz unserer Landesgrenzen vor dieser schädlichen Form der Zuwanderung.

2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 275 Fragen für die Fragestunde, 157 Interpellationen, 113 Motionen, 17 Anfragen, 9 Parlamentarische Initiativen und 8 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 22 Motionen, 5 Interpellationen und 1 Parlamentarische Initiative eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, [Geschäftsdatenbank](#)) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2022 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- Alles tun für mehr Strom!
- Stopp dem Ausgabenwachstum und der Schuldenwirtschaft von Mitte-Links
- Renten sichern – JA zur Stabilisierung der AHV
- Der Geheimplan der Links-Grünen: Energie-Lockdown im Winter
- Massnahmen zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit
- Sicherheitspolitische Lage der Schweiz
- Grundsätze zur Corona-Politik und die Haltung der SVP

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Positionspapiere](#)) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2022 hat die SVP an **85 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Änderung der Kollektivanlagenverordnung (Limited Qualified Investor Fund, L-QIF)
- Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Juli 2023
- 19.415 n Iv. pa. Arslan. Donner la parole aux jeunes. Le droit de vote dès 16 ans est un premier pas dans la vie politique active
- ENERGIE: Bewirtschaftungsmassnahmen Strom
- 19.464 n Iv. pa. Barrile. Regroupement familial. Supprimer toute discrimination subie en raison du droit interne
- Teilrevision Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TaPG)
- Verordnung des Bundesrats über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV)
- Exercice du mandat parlementaire pendant le congé de maternité
- Stromversorgungssicherheit: Verordnung über den Einsatz von Reservekraftwerken für den Winter 2022/2023
- Ausführungsrecht zum Informationssicherheitsgesetz

- Anlage von Freizügigkeitsgeldern der Auffangeinrichtung (Änderung des BVG)
- Obligationenrecht (Anpassung des Verzugszinssatzes)
- Änderung der Eigenmittelverordnung (Basel III final)
- Verordnung über die Mehrwertsteuer (elektronisches Verfahren)
- Mehrwertsteuergesetzes und Änderung der Verordnung über die Unternehmens-Identifikationsnummer
- Avant-projet de loi sur l'identité électronique et les autres moyens de preuve électroniques (loi sur l'e-ID)
- Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft (NAV Hauswirtschaft)
- Fahrzeugvorschriften – Teilrevision von vier Verordnungen des Strassenverkehrsrechts
- Bericht zum Stand der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur mit Änderungen an den Bundesbeschlüssen und zur Perspektive BAHN 2050
- Änderung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik
- Revision der Maturitäts-Anerkennungsverordnung und der Verwaltungsvereinbarung über die Anerkennung von Maturitätszeugnissen
- Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung)
- Parlamentarische Initiative: Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat
- Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Sanierungsverfahren für natürliche Personen)
- Änderung der KVV und der KLV: Kostensenkende Massnahmen, Vergütung im Einzelfall und Massnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit
- Änderung Betäubungsmittelsuchtverordnung (BetmSV)
- Bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und Indonesien über die Förderung und den Schutz von Investitionen
- Bundesbeschluss über einen Zusatzkredit für die Finanzierung von Vorhaben zur Erneuerung der strassenseitigen Autoverlade-Infrastruktur
- Verordnungsentwürfe zu Verboten und Verwendungsbeschränkungen sowie zur Kontingentierung im Bereich Gas
- Änderung des Nachrichtendienstgesetzes
- 21.403 n Iv. pa. CSEC-CN. Remplacer le financement de départ par une solution adaptée aux réalités actuelles
- Finanzmarktinfrastukturgesetz. Bestrafung im Fall von unwahren oder unvollständigen Angaben in öffentlichen Kaufangeboten
- Änderung der Aufsichtsverordnung (Aufsicht, Solvenz, gebundenes Vermögen, Verhaltensregeln und Versicherungsvermittlung)
- Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr
- Revision der Gewässerschutzverordnung 2023
- Bundesgesetz über die Bearbeitung von Flugpassagierdaten zur Bekämpfung von terroristischen und anderen schweren Straftaten
- Totalrevision der Stauanlagenverordnung sowie Verordnungsänderungen im Kernenergiebereich sowie im Anwendungsbereich des Elektrizitätsgesetzes mit Inkrafttreten Anfang 2023
- Genehmigung des Haager Gerichtsstandsübereinkommens
- Verordnung über die Berichterstattung über Klimabelange

- Umsetzung der Änderung vom 1. Oktober 2021 des EnG auf Verordnungsstufe und weitere Änderungen der Energieverordnung, der Energieeffizienzverordnung, der Energieförderungsverordnung und der Stromversorgungsverordnung mit Inkrafttreten Anfang 2023
- Teilrevision der Verordnung über die Versorgung der Bevölkerung mit Jodtabletten (Jodtabletten-Verordnung)
- Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (Datenweitergabe der Versicherer in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und zweiter Teil der Massnahmen zur Kostendämpfung des Pakets 1a)
- Bundesgesetz über den internationalen Personen- und Güterverkehr auf der Strasse
- 16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
- 15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
- Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur
- Bundesgesetz über einen Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft
- Vorlage zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, zum Ausbausschritt 2023 für die Nationalstrassen, zum Verpflichtungskredit und zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz
- Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2022
- Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und die Integration (Begrenzung der Sozialhilfeleistungen an Drittstaatsangehörige)
- Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung und Änderung ausgewählter Bestimmungen)
- Änderung des Energiegesetzes vom 30. September 2016
- Änderung der Verordnung über die amtliche Vermessung sowie technische Ausführungsverordnungen
- Einführung des Trusts: Änderung des Obligationenrechts
- Arrêté fédéral sur une imposition particulière des grands groupes d'entreprises (mise en œuvre du projet OCDE / G20 sur la fiscalité de l'économie numérique)
- Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft)
- Meldepflicht von Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen für Cyberangriffe
- Rollende Landstrasse: Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes und zum Bundesbeschluss des Zahlungsrahmens für die Förderung des begleiteten alpenquerenden kombinierten Verkehrs
- Umsetzung der technischen Säule des 4. EU-Eisenbahnpakets – 2. Schritt
- Verordnungspaket Umwelt Herbst 2022
- Revision des CO2-Gesetzes
- Ordonnance sur l'interopérabilité des systèmes d'information Schengen-Dublin
- Änderung des Tabaksteuergesetzes
- Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024
- Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus
- Revision der Verordnung über Fernmeldedienste (Anpassung der Grundversorgungsbestimmungen)
- Teilrevision des Kartellgesetzes (KG)

- Überführung der Massnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur in das FinfraG.
- Szenariorahmen 2030/2040 für die Stromnetzplanung
- Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (Sicherheit von Informationen und von Fernmeldeinfrastrukturen und -diensten)
- Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (Datenaustausch, Risikoausgleich)
- Entwurf der Verordnung über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregisterverordnung; StReV)
- Teilrevision der Signalisationsverordnung: Vereinfachung der Einführung von Tempo-30-Zonen und Carpooling
- 20.433 Pa. Iv. UREK-NR. Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken, Teilrevision Umweltschutzgesetz
- 16.498 n Pa. Iv. Badran Jacqueline. Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller
- Beitragsverordnung Innosuisse
- Modification de la loi fédérale sur les étrangers et l'intégration (LEI) – Admission facilitée pour les étrangers titulaires d'un diplôme d'une haute école suisse
- Umsetzung des Verbots der Gesichtshüllung (Art. 10a BV): Änderung des Strafgesetzbuches
- Loi fédérale sur la société financière de développement SIFEM SA
- Verordnung über die Rechnungslegung der öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes «compenswiss (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO)»
- Teilrevision der Sprachenverordnung
- Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)
- Verordnung des BAZG über die Bekämpfung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel
- Änderung der Liquiditätsverordnung
- Teilrevisionen der Raumplanungsverordnung, der Energieeffizienzverordnung und der Niederspannungs-Installationsverordnung

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter

2022 hat die SVP Schweiz insgesamt 82 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 70 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind je 6-mal erschienen. Die Auflage betrug Ende 2022 **53'000 Exemplare in Deutsch** und **5'500 in Französisch**.

Im Jahr 2022 hat die SVP **6 Medienkonferenzen** durchgeführt:

- | | |
|---------------------------|--|
| 25. Januar 2022 | Verbände und Vertreter bürgerlicher Parteien fordern sofortige Aufhebung der Massnahmen |
| 25. Februar 2022 | Sicherheit der Schweiz wahren – dank bewaffneter Neutralität und Nein zur Mitgliedschaft im Uno-Sicherheitsrat |
| 28. Februar 2022 | Dringliche Massnahmen der Schweiz: SVP fordert Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 2 Milliarden Franken auf 1% des BIP und die Erhöhung des Armeebestands um 20'000 Angehörige |
| 21. Juli 2022 | Energie-Krise: Der Geheim-Plan der Linken und Grünen geht auf |
| 20. September 2022 | SVP-Fraktion beantragt dem Parteivorstand das Referendum gegen den Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative |
| 11. Oktober 2022 | Energie-Krise verschärfen? SVP lanciert Referendum gegen das Stromfresser-Gesetz |

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Aktuelles](#)) abrufbar.

2.4 Homepage und Soziale Medien

Bis zum 31.12.2022 wurden 575'394 Besuche (1'212'328 Seitenaufrufe) auf <https://www.svp.ch>, 825'053 Besuche (932'164 Seitenaufrufe) auf <https://www.udc.ch> und 16'064 Besuche (31'525 Seitenaufrufe) auf <https://it.udc.ch> registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1'576 Besuche auf www.svp.ch, 2'260 auf www.udc.ch und 44 auf it.udc.ch.

2022 produzierte die SVP 45 Youtube-Beiträge in deutscher Sprache und 35 in französischer Sprache. Die Youtube-Beiträge verzeichnen insgesamt 109'381 Aufrufe (Deutsch) und 8'664 Aufrufe (Französisch). Der YouTube-Kanal hat 5'150 Abonnenten (Deutsch) und 539 Abonnenten (Französisch)

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten "SVP Schweiz", "UDC Suisse" und spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2022 zählte die Seite "SVP Schweiz" 33'665 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite "UDC Suisse" zählte 13'088. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 200'000 und 600'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 533'000 Video-Aufrufe generiert.

Die SVP betreibt die Instagram-Seiten "SVPch" und "UDCsuisse". Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2022 zählte die Seite "SVPch" 17'150 Unterstützer. Die französischsprachige Instagram-Seite "UDCsuisse" zählte 1'929. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 75'000 und 150'000 Personen erreicht.

Die SVP betreibt seit dem Herbst 2021 den TikTok-Kanal "SVPch". Über diesen Kanal kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und verbreitet politische Inhalte. Am 31.12.2022 zählte der Kanal "SVPch" 11'723 Follower.

2022 produzierte die SVP 31 TikTok-Beiträge in deutscher Sprache, diese wurden 1'133'900 Mal aufgerufen.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 835 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2022 haben 4 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung, Samstag, 15. Januar 2022, Reconvilier (BE)

«Energieversorgung: Es gibt keine Ausrede – der Bundesrat muss jetzt handeln!»

Delegiertenversammlung, Samstag, 9. April 2022, Chur (GR)

«Klares JA zur bewaffneten Neutralität und zu einer sicheren Zukunft in Freiheit»

Delegiertenversammlung, Samstag, 20. August 2022, Baar (ZG)

«Keine Technologie-Verbote: Die Schweiz muss möglichst schnell neue Kernkraftwerke bauen dürfen!»

Delegiertenversammlung, Samstag 22. Oktober 2022, Luzern (LU)

«Wahlen 2023: Links-grüne Schweiz-Zerstörer stoppen!»

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Delegiertenversammlungen](#)) abrufbar.

3.2 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss (PLA) setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2022)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Ständerat Marco Chiesa (TI)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrat Franz Grütter (LU)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Mitglied	Nationalrat Manuel Strupler (TG)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 29 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2022)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Mitglieder des PLA	Wie oben beschrieben
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH) Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Generalsekretär	Nationalrat Peter Keller (NW)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Domenik Ledergerber (ZH)
	alt Nationalrat Manfred Bühler (BE)
	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold-Sidler (LU)
	Kevin Grangier (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	David Trachsel (BS)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU) Nationalrat Piero Marchesi (TI) Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und	Nationalrat Andreas Glarner (AG)

Asylpolitik

Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)

Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik Nationalrat Lars Guggisberg (BE)

Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik Nationalrätin Monika Rüegger (OW)

3.4 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 125 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2022)

Von Amtes wegen: Mitglieder des Parteivorstandes

Die Mitglieder der Parteileitung (Wie oben beschrieben)

Präsidenten der Kantonalparteien:

AG	Nationalrat Andreas Glarner
AI	Martin Ebnetter
AR	Anick Volger
BE	alt Nationalrat Manfred Bühler
BL	Dominik Straumann
BS	Eduard Rutschmann
FR	Christophe Blaumann
GE	Nationalrätin Céline Amaudruz
GL	Thomas Tschudi
GR	Roman Hug
JU	Thomas Stettler
LU	Angela Lüthold-Sidler
NE	Lionel Martin
NW	Roland Blättler
OW	Nationalrätin Monika Rüegger
SG	Walter Gartmann
SH	Andrea Müller
SO	Nationalrat Christian Imark
SZ	Roman Bürgi
TG	Ruedi Zbinden
TI	Nationalrat Piero Marchesi
UR	Fabio Affentranger
VD	Kevin Grangier
VS (UVS)	Donald Moos

VS (OVS)	Romano Amacker
ZG	Thomas Werner
ZH	Domenik Ledergerber
JSVP	David Trachsel
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:	
AG	Nationalrat Thomas Burgherr Pascal Furer Rolf Jäggi Michelle Rütli
AI	Alfred Langenegger
AR	Severina Gross
BE	Jolanda Brunner Andrea Gschwend-Pieren Miriam Gurtner Samuel Krähenbühl Helena Morgenthaler Aliko M. Panayides
BL	Nationalrat Thomas de Courten Peter Riebli
BS	Pascal Messerli
FR	Christina Darcey Liliane Marchon
GE	Michael Andersen Claude Reymond
GL	Barbara Rhyner
GR	Mario Cortesi Thomas Gort
JU	Kilian Kaufmann
LU	Stefan Dahinden Dieter Haller Willi Knecht
NE	Lionel Martin
NW	Peter Wyss
OW	Severin Wallimann
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Werner Heule Paul Scheiwiller
SH	Mariano Fioretti Daniel Preisig
SO	Hans Rudolf Lutz Christine Rütli
SZ	Nationalrat Pirmin Schwander Samuel Lütolf
TG	Judith Ricklin Beat Stump

TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	Valentin Christe Werner Riesen
VS (UVS)	Nationalrat Jean-Luc Addor Jérôme Desmeules
VS (OVS)	Marco Schnydrig Fredy Ursprung
ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Nationalrat Martin Haab Nationalrat Mauro Tuena Werner Gartenmann Roger Liebi Romaine Rogenmoser Tobias Weidmann
JSVP	Diego Baratti (TI) Andreas Gerber (BE)
SVP International	John McGough

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Nationalrätin Martina Bircher Regierungsrat Jean-Pierre Gallati
BE	Nationalrat Albert Rösti alt Nationalrat Thomas Fuchs
NW	Regierungsrätin Michèle Blöchlinger
SG	Nationalrätin Esther Friedli
TG	Pascal Schmid
TI	Eros Mellini
VD	Gérald Nicod
ZH	Nationalrat Gregor Rutz alt Nationalrat Hans Egloff alt Nationalrat Christoph Mörgeli alt Nationalrat Ulrich Schlüer alt Bundesrat Christoph Blocher

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2022)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Peter Keller, Hergiswil (NW)
Fraktionssekretär	Raphael Vogel, Spiegel bei Bern (BE)
Leiterin Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter / Fraktionssekretär stv.	Marcel Schelbert, Alpnach (OW)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Münsingen (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Andreas Meyer, Bern (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Yohan Ziehli, Lausanne (VD)
Projektleiterin Kantonalparteien	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Fraktionsassistentin	Christa Bolliger, Bolligen (BE)
Assistent Parteipräsident	Alain Bühler, Lugano (TI)
Sachbearbeiter	Adrian Spahr, Lengnau (BE)
Sachbearbeiter	Yannik Beugger, Wichtrach (BE)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009; Rücktritt per 31.12.2022
- **Guy Parmelin**, Vorsteher WBF, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 55 Nationalräten (53 SVP, 1 Lega, 1 EDU) und 7 Ständeräten (6 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2022)

AG	Bircher Martina, Aarburg Burgherr Thomas, Wiliberg Giezendanner Benjamin, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Heimgartner Stefanie, Baden Huber Alois, Wildegg
AR	Zuberbühler David, Herisau

BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Geissbühler Andrea, Bäriswil Guggisberg Lars, Kirchlindach Hess Erich, Bern Rösti Albert, Uetendorf Umbricht Pieren Nadja, Kaltacker von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Martullo-Blocher Magdalena, Meilen / Lenzerheide
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich
NW	Keller Peter, Hergiswil
OW	Rüegger Monika, Engelberg
SG	Büchel Roland, Oberriet Egger Mike, Berneck Friedli Esther, Ebnet-Kappel Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Herzog Verena, Frauenfeld Strupler Manuel, Weinfeld
TI	Marchesi Piero, Molinazzo di Monteggio
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jacques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Graber Michael, Brig-Glis
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Fischer Benjamin, Volketswil Haab Martin, Mettmenstetten Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rutz Gregor, Zürich Schläpfer Therese, Hagenbuch Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Walliser Bruno, Volketswil

Lega dei Ticinesi:

TI	Quadri Lorenzo, Lugano
----	------------------------

EDU:

BE	Gafner Andreas, Oberwil im Simmental
----	--------------------------------------

Ständeräte (Stand: 31.12.2022)

AG	Knecht Hansjörg, Leibstadt
BE	Salzmann Werner, Mülchi
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Stark Jakob, Buhwil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)

Parteilos:

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall
----	---------------------------------------

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2022

Volksabstimmung vom 13. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative vom 18.03.2019 «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»	Nein	Nein	Nein	Nein	20.9	79.1	0	23	Abgelehnt
Volksinitiative vom 12.09.2019 «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»	Nein	Nein	Nein	Ja	56.7	43.3	15	8	Angenommen
Änderung vom 18.06.2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG)	Ja	Ja	Ja	Nein	37.4	62.6	---	---	Abgelehnt
Bundesgesetz vom 18.06.2021 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien	Nein	Nein	Ja	Ja	45.4	54.6	---	---	Abgelehnt

Volksabstimmung vom 15. Mai	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Änderung vom 01.10.2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG)	Nein	Nein	Ja	Ja	58.4	41.6	---	---	Angenommen
Änderung vom 01.10.2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)	Nein	Ja	Ja	Ja	60.2	39.8	---	---	Angenommen
Bundesbeschluss vom 01.10.2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624	Ja	Ja	Ja	Nein	71.5	28.5	---	---	Angenommen

Volksabstimmung vom 25. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»	Nein	Nein	Nein	Ja	37.1	62.9	0.5	22.5	Abgelehnt
Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	Ja	Ja	Ja	Nein	55.1	44.9	18	5	Angenommen
Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)	Ja	Ja	Ja	Nein	50.5	49.5	13.5	9.5	Angenommen
Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)	Ja	Ja	Ja	Nein	48.0	52.0	10	13	Abgelehnt

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2022

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2020	30.1%	43	140
AI	Jährlich / 2020	*	*	50
AR	2019	12.2%	7	65
BE	2022	25.8%	44	160
BL	2019	22.7%	21	90
BS	2020	10.8%	11	100
FR	2021	16.4%	18	110
GE	2018	7.3%	8	100
GL	2022	30.3%	18	60
GR	2022	21.1%	25	120
JU	2020	11.0%	7	60
LU	2019	19.6%	22	120
NE	2021	8.1%	8	115
NW	2022	24.3%	15	60
OW	2022	25.6%	13	55
SH	2020	33.4%	20	60
SO	2021	21.0%	21	100
SG	2020	26.9%	35	120
SZ	2020	33.2%	33	100
TG	2020	32.3%	45	130
TI	2019	6.8%	6	90
UR	2020	24.5%	13	64
VD	2022	14.1%	23	150
VS	2021	16.9%	22	130
ZG	2022	21.6%	18	80
ZH	2019	24.5%	45	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch